

Änderungsanträge zu Antrag K01: Kapitel 1: Kurs halten, Segel setzen, Fahrt aufnehmen: Für ein ökologisches, soziales und vielfältiges Hessen (Zeile 1-150)

Kurs halten, Segel setzen, Fahrt aufnehmen: Für ein ökologisches, soziales und vielfältiges Hessen

Antrag 01-ÄA130-K01 (Zeile 1)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Stadt
Status: zugelassen

1 Kurs halten, ~~Segel setzen~~, Fahrt aufnehmen:

Antrag 01-ÄA171-K01 (Zeile 57)

Antragsteller/in: Landesvorstand
Status: zugelassen

57 erreichen: 40 Prozent weniger klimaschädliches Treibhausgas bis 2025, 55 Prozent weniger bis 2030 und Klimaneutralität bis

Antrag 01-ÄA223-K01 (Zeile 72)

Antragsteller/in: LAG Medien und Digitales
Status: zugelassen

72 weitere Bevölkerungsgruppen geben.

73 • Die Digitalisierung ist das Zukunftsthema und der Jobmotor des 21. Jahrhunderts. Diese gilt es demokratisch, ökologisch und sozial auszugestalten. Die EU-Datenschutzgrundverordnung sehen wir als großen Schritt hin zur Datensouveränität von Verbraucher*innen. An ihr gilt es weiterzuarbeiten, sie zu optimieren und den ständigen Innovationen anzupassen. Technische Innovationen wollen wir GRÜNE gesellschaftlich diskutieren und rechtstaatlich ausgewogen regulieren, damit alle Menschen von dieser Entwicklung profitieren.

Antrag 01-ÄA027-K01 (Zeile 132-135)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

132 • Unsere **Gemeinden, Städte und Landkreise** sind die Keimzellen unserer Demokratie. Durch ~~den~~
133 ~~neuen kommunalen Finanzausgleich, den kommunalen Investitionsprogrammen~~ die kommunalen
Investitionsprogramme mit einem Gesamtvolumen
134 von 1,5 Milliarden Euro und ~~der~~ er Entschuldung der Kommunen haben wir sie entscheidend gestärkt.

Antrag 01-ÄA178-K01 (Zeile 134)

Antragsteller/in: Landesvorstand
Status: zugelassen

134 von ~~1,5~~2,4 Milliarden Euro und der Entschuldung der Kommunen haben wir sie entscheidend gestärkt.

Antrag 01-ÄA203-K01 (Zeile 135)

Antragsteller/in: Landesvorstand
Status: zugelassen

135 Nur mit uns wird es ein weiteres Investitionsprogramm zur Sanierung unserer Schulen, insbesondere auch der Schultoiletten, geben. Erstmals seit 50 Jahren haben wir einen **Landeshaushalt** ohne neue Schulden, also ohne

Antrag 01-ÄA206-K01 (Zeile 139)

Antragsteller/in: LAG Ländlicher Raum, Verbraucherschutz und Gentechnik
Status: zugelassen

139 ausgerichtet, bspw. durch eine Divestment-Strategie des Landes.

140 Die ländlichen Regionen in Hessen sind wichtige Wohn-, Arbeits- und Erholungsräume, die wir GRÜNE stärken und lebendig halten wollen. Immerhin lebt hier etwa die Hälfte der hessischen Bevölkerung. Deshalb sorgen wir dafür, das Leben im Ländlichen Raum lebenswert und attraktiv zu gestalten. Wir wollen Lust aufs Land machen!

Antrag 01-ÄA360-K01 (Zeile 147-149)

Antragsteller/in: Monika Fuhrig (KV Odenwald)
Status: zugelassen

147 Schwarz-Grün, nicht Rot-Grün, nicht Rot-Rot-Grün und wir träumen auch nicht von Jamaika. ~~Wir-~~

148 Und dass hier nur demokratische Parteien für uns zur Auswahl stehen, ist sicher! Wir definieren uns nicht über das „mit wem“, sondern uns geht es um das „für was“.

Änderungsanträge zu Antrag K02: Kapitel 2: Eine gesunde und lebenswerte Umwelt durch eine ganzheitliche Klimaschutz- und Umweltpolitik (Zeile 151-700)

Eine gesunde und lebenswerte Umwelt durch eine ganzheitliche Klimaschutz- und Umweltpolitik

Antrag 01-ÄA091-K02 (Zeile 240-249)

Antragsteller/in: Dr. Christiane Schmahl (KV Gießen)
Status: zugelassen

240 des Naturschutzes diesem nicht entgegenstehen. ~~Wir treten bei den Genehmigungsverfahren dafür~~
241 ~~ein, Naturschutz stärker integriert zu betrachten. Denn die Hauptgefahr für bedrohte Vögel und~~
242 ~~andere Arten sind nicht die Windräder, sondern andere Eingriffe in das Ökosystem wie die Folgen~~
243 ~~aus dem sich verstärkenden Klimawandel und eine industrielle Landwirtschaft. Diese~~
244 ~~Zusammenhänge müssen stärker in den Blick genommen werden, um angemessene Lösungen für den~~
245 ~~Artenschutz zu finden. Wir wollen Pilotprojekte initiieren, bei denen Gefährdungsquellen aus~~
246 ~~allen Bereichen und Schutzmöglichkeiten integriert betrachtet werden. Lebensraumverbessernde~~
247 ~~Maßnahmen im lokalen Ökosystem können die Gefährdungen für windkraft sensible Arten reduzieren~~
248 ~~oder auffangen.~~

Antrag 01-ÄA187-K02 (Zeile 251)

Antragsteller/in: Kreisverband Wetterau
Status: zugelassen

251 die Durchlässigkeit von Gewässern zu wahren.
Es soll verhindert werden, dass der stromseitige Anteil der erneuerbaren Energien in Hessen nach dem zu erwartenden Rückgang von WKA-Neubauten ab 2019 (bedingt durch EU-weite Ausschreibungen) und vor allem durch das schlagartige Auslaufen aller in den Jahren 1990 - 2000 gebauten WKA- und PV-Anlagen aus dem EEG im Jahr 2020 statt weiter nach oben sogar deutlich nach unten geht.
Hessen ist deshalb besonders betroffen, weil es das Vorreiter-Binnenland beim Aufbau dieser Anlagen war und es sollte jetzt dadurch nicht zum Vorreiter beim Abschalten dieser Anlagen mit allen negativen Konsequenzen werden. Viele dieser Anlagen dürfen nicht repowered werden, sind aber technisch weiter für viele Jahre geeignet, sind jedoch nicht weiter bei einer durch Braunkohlestrom verursachten Börsennegativvergütung betreibbar.

Antrag 01-ÄA133-K02 (Zeile 265)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Stadt
Status: zugelassen

265 Landesbeteiligung definiert, weiterentwickelt werden. Kommunen wollen wir dabei beraten, eigene

Divestment-Strategien zu erarbeiten. Das entstandene „Green Finance Cluster

Antrag 01-ÄA78-K02 (Zeile 265)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

265 Landesbeteiligung definiert, weiterentwickelt werden. Daneben möchten wir, über die relevanten Aufsichtsorgane, dazu beitragen die Geschäftspolitik und Anreizsysteme dieser Unternehmen noch stärker nach ökologischen Gesichtspunkten auszurichten. Das entstandene „Green Finance Cluster

Antrag 01-ÄA137-K02 (Zeile 333)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Stadt

Status: zugelassen

333 unterstützen, kommunale CO2-Bilanzen, Divestment-Strategien sowie Klimaschutzpläne zu erstellen und umzusetzen. Für

Antrag 01-ÄA192-K02 (Zeile 367)

Antragsteller/in: Priska Hinz (KV Lahn-Dill)

Status: zugelassen

367 seinen Spitzenplatz unter den Ländern behaupten. Die Einrichtung von Ökomodellregionen war hierfür ein wichtiger Schritt. Wir wollen erreichen, dass künftig ganz Hessen zur ersten Ökomodellregion Deutschlands wird. Darüber hinaus soll die Förderung der

Antrag 01-ÄA014-K02 (Zeile 396)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder

Status: zugelassen

396 Bundesebene beim privilegierten Bauen im Außenbereich ein, dabei sollen Kommunen mehr Mitspracherecht bekommen.

Antrag 01-ÄA28-K02 (Zeile 402)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

402 Ausstiegsstrategie hinwirken. Wir werden gentechnikfreie Landwirtschaft auf landeseigenen Flächen in Hessen weiterhin

Antrag 01-ÄA019-K02 (Zeile 403)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder

Status: zugelassen

403 sicherstellen und uns auf Bundesebene für ein bundesweites und europaweites Anbauverbot aller gentechnisch

Antrag 01-ÄA271-K02 (Zeile 405)

Antragsteller/in: Monika Fuhrig (KV Odenwald)
Status: zugelassen

405 durch eine Streuobststrategie für Hessen schützen, erhalten und für ihre Pflege, auch finanziell, sorgen. Eine

Antrag 01-ÄA018-K02 (Zeile 406)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder
Status: zugelassen

406 Weidehaltungsprämie für Kühe ~~hilft der~~, Schafe und Ziegen fördert die Weidewirtschaft und leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Grünlanderhaltung und dem sowie die Arten- und Tierschutz. Um die Schaf- und

Antrag 01-ÄA272-K02 (Zeile 409)

Antragsteller/in: Monika Fuhrig (KV Odenwald)
Status: zugelassen

409 Ziegen einsetzen. Dazu gehört auch ein finanzieller, unbürokratischer, Ausgleich bei Rissen die durch Wölfe stattgefunden haben, wenn die Tierhaltung berufsmäßig erfolgt. Erfolgreiche Programme wie die Europäische Innovationspartnerschaft (EIP-

Antrag 01-ÄA29-K02 (Zeile 409)

Antragsteller/in: Heike Habermann (Nr. 10700600)
Status: zugelassen

409 Ziegen einsetzen, um den Tierhalter*innen ein gerechteres Auskommen zu ermöglichen und diese Art der Tierhaltung attraktiver zu machen. Erfolgreiche Programme wie die Europäische Innovationspartnerschaft (EIP-

Antrag 01-ÄA151-K02 (Zeile 414)

Antragsteller/in: Kreisverband Kassel-Stadt
Status: zugelassen

414 • **Nutztierhaltung am Tierwohl ausrichten:** Wir führen in Hessen ein Tierwohlsiegel ein, das eine artgerechtere, umweltschonende und ökologische Haltung der betroffenen Tiere kennzeichnet und garantiert. Hessen soll Vorreiter beim Tierschutz in der

Antrag 01-ÄA174-K02 (Zeile 415-425)

Antragsteller/in: Ursula Hamann (Kreisverband Groß-Gerau)
Status: zugelassen

415 Landwirtschaft werden. Wir wollen den „Runden Tisch Tierwohl“ fortsetzen und ~~einen-~~
416 ~~Tierschutzplan für Hessen erarbeiten, der konkrete Schritte aufzeigt, damit sogenannte nicht-~~
417 ~~kurative Eingriffe an Nutztieren, wie das Kupieren von Schwänzen bei Schweinen und das~~
418 ~~Schnabelkürzen bei Legehennen, beendet werden~~ mit einem Tierwohlaktionsplan unterfüttern: Mit ihm sollen nicht nur Landwirte gefördert werden, denen Tierwohl besonders am Herzen liegt, sondern auch speziell die Umstellung auf tierfreundliche Haltungssysteme sowie innovative Technik zur Verbesserung von Tierwohl und

Umweltschutz. Für uns gilt, dass sich die Haltung den

- 419 Nutztieren anpassen muss und nicht umgekehrt. Massentierhaltung lehnen wir ab. Wir wollen
420 weiter eine zukunftsweisende Landwirtschaft, bei der Megaställe wie in anderen Bundesländern in
421 Hessen nicht zur Realität gehören. Deshalb wollen wir weiter die Förderung von Umbauten auf die
422 Ställe begrenzen, die der artgerechten Haltung ökologischer Landwirtschaft entsprechen. Wir
423 unterstützen hofnahe Schlachtung, zum Beispiel durch Förderung mobiler Schlachtstätten. ~~Das-~~
424 ~~Schreddern männlicher Küken wollen wir in der kommenden Legislaturperiode in Hessen beenden.~~

Antrag 01-ÄA30-K02 (Zeile 418)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

- 418 Schnabelkürzen bei Legehennen, beendet werden. Konkret wollen wir einen Tierwohllaktionsplan als Landesprogramm, der unter anderem innovative Entwicklung im Bereich Stallhaltungen fördert sowie eine Unterstützung für Landwirt*innen darstellt, die ihre Haltungssysteme tiergerechter umbauen wollen oder die freiwillig mehr für Tierwohl in der Nutztierhaltung tun. Für uns gilt, dass sich die Haltung den

Antrag 01-ÄA017-K02 (Zeile 420-422)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder
Status: zugelassen

- 420 ~~weiter~~ eine zukunftsweisende Landwirtschaft, ~~bei der ohne~~ Megaställe ~~wie in anderen Bundesländern in~~
421 ~~Hessen nicht zur Realität gehören~~. Deshalb wollen wir weiter die Förderung von Umbauten auf die

Antrag 01-ÄA31-K02 (Zeile 423)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

- 423 unterstützen hofnahe Schlachtung, zum Beispiel durch Förderung mobiler Schlachtstätten, z. B. für Geflügel.
Das

Antrag 01-ÄA33-K02 (Zeile 428)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

- 428 muss auch bei der tiermedizinischen Ausbildung stärker thematisiert werden. Wir werden in Hessen eine Task Force Tierschutz einrichten, um den Vollzug in den Veterinärämtern bei den komplexen Aufgaben des Tierschutzes zu unterstützen.

Antrag 01-ÄA273-K02 (Zeile 431)

Antragsteller/in: Monika Fuhrig (KV Odenwald)
Status: zugelassen

- 431 Geld bereitstellen, damit jedes Schulkind einmal im Schulleben eine Woche einen artgerecht betriebenen, am besten ökologischen Schulbauernhof

Antrag 01-ÄA190-K02 (Zeile 433-437)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Land
Status: zugelassen

- 433 Schulen mit Bauernhöfen. ~~Nachhaltige Schulkantinen wollen wir unterstützen und auszeichnen und~~
434 ~~die Kommunen darin unterstützen, dass in allen hessischen Bildungseinrichtungen eine gesunde~~
435 ~~und ausgewogene Ernährung sichergestellt~~ Ziel ist. Wir wollen ein gesundes und nachhaltiges
436 ~~Frühstück insbesondere~~ es auch, eine gesunde und ausgewogene Ernährung in allen hessischen
Bildungseinrichtungen sicherzustellen. Tägliche vegetarische und vegane Alternativen sollen das Angebot in
Schulen und Kindergärten ergänzen und so eine adäquate Versorgung aller Kinder in Hessen gewährleisten.
Inbesondere in Schulen mit hohen sozialen Problemlagen wollen wir zusätzlich ein gesundes Frühstück
fördern. Durch gezielte

Antrag 01-ÄA186-K02 (Zeile 436)

Antragsteller/in: Inge-Lore Kausen (KV Hochtaunus · Nr. 10700905)
Status: zugelassen

- 436 Frühstück insbesondere in Schulen mit hohen sozialen Problemlagen fördern. Die EU bezuschusst zudem eine
gesunde Ernährung mit einem Schulprogramm für die kostenlose Verteilung von Obst, Gemüse, Milch und
Milchprodukten an Schulen (EU-Verordnung 2016/791). Über die bereits in der Vergangenheit in Anspruch
genommene Teilnahme am „Milchprogramm“ stünden in diesem Jahr 1,8 Mio € für Hessen zur Verteilung von
Schulobst und Gemüse zur Verfügung. Die von uns künftig angestrebte Teilnahme dieser zusätzlichen
Förderung ergänzt das Angebot für eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Durch gezielte

Antrag 01-ÄA23-K02 (Zeile 441)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder
Status: zugelassen

- 441 Landwirtschaft, Ernährungsräte, Essbare Stadt, vertical farming und Ideen zum plastikfreien Leben
unterstützen wir.

Antrag 01-ÄA21-K02 (Zeile 461-463)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder
Status: zugelassen

- 461 weiter dafür einsetzen, die Blaue Plakette zu ermöglichen. ~~Sie ermöglicht die saubereren Diesel-~~
462 ~~von den schmutzigen zu unterscheiden.~~ So können die Schadstoffgrenzwerte eingehalten werden

Antrag 01-ÄA293-K02 (Zeile 465-467)

Antragsteller/in: LAG Mobilität
Status: zugelassen

- 465 Rettungsdienste etc. sichergestellt werden.
466 Um die Schadstoffgrenzwerte einzuhalten, setzen wir uns auch für die Reduzierung des Flugverkehrs ein.
Landungen und Starts, besonders über dicht besiedelten städtischen Gebieten sind unvereinbar mit
Umweltzonen und Luftreinhalteplänen der belasteten Städte.
Außerdem wollen wir uns auf Bundesebene weiter für einen besseren aktiven Lärmschutz und mehr

Antrag 01-ÄA012-K02 (Zeile 477)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder
Status: zugelassen

477 nun gilt es, beim Tempo noch zuzulegen. Nur wenn wir den Bächen und Flüssen Raum für Eigendynamik geben kann diese gelingen. Wir wollen daher Gewässerrandstreifen konsequent einfordern und den Flächenerwerb entlang der Oberflächengewässer vorrangig fördern. Bei den durch den Kalibergbau hoch belasteten Flüssen

Antrag 01-ÄA092-K02 (Zeile 495)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder
Status: zugelassen

495 Rohstoff und Nährstoff erneut in der Landwirtschaft zum Düngezweck einsetzen. Wir beobachten eine beängstigende Zunahme des Gülletourismus aus den Hot-Spots der Massentierhaltung nach Hessen. Dies führt zu einer weiteren Erhöhung der Nitratgehalte unseres Grundwassers, das auch jetzt schon belastet ist. Wir setzen uns daher für eine stärkere Reglementierung der Gülleausbringung ein; eine Förderung von Güllebehältern wird es mit uns nicht mehr geben.

Antrag 01-ÄA361-K02 (Zeile 496-510)

Antragsteller/in: Dr. Bettina Hoffmann (KV Schwalm-Eder), Peter Seel (KV Rheingau-Taunus)
Status: zugelassen

496 • **Spurenstoffstrategie zur Reduzierung von Medikamentenrückständen, ~~Mikroplastik und~~**
497 **~~Chemierückständen; und Chemierückständen sowie Mikroplastik:~~** -Menschengemachte
Wasserverunreinigungen durch Spurenstoffe aus ~~Kosmetika,~~
498 pharmazeutischen Produkten, Kosmetika, der Landwirtschaft, Industriechemikalien oder durch ~~Plastik und~~
Mikroplastik sind ein
499 wachsendes Problem für die Umwelt, aber auch für ~~di~~unsere Gesundheit. In Wasserproben tauchen
500 zudem vermehrt multiresistente Keime auf. ~~Die von uns initiierte hessische Spurenstoffstrategie nimmt~~
501 ~~die Probleme ganzheitlich in den Blick. Nun gilt es, sie konsequent umzusetzen.~~ Wichtig ist die
502 wirksame Vermeidung ~~an der Quelle,~~ also das Ansetzen an der Ursache ~~über verstärkte.~~ Die von uns initiierte
hessische Spurenstoffstrategie nimmt die Probleme ganzheitlich in den Blick. Nun gilt es, sie konsequent
umzusetzen. Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, dass gefährliche Stoffe gar nicht erst in die
Abwasserkanäle gelangen, zum Beispiel durch Beratung,
503 ~~Aufklärung und~~ Information ~~im Sinne eines vorbeugenden Gewässerschutzes. Als Nachsorge können~~
504 ~~auch zusätzliche Reinigungsstufen in Kläranlagen dienen. Wir wollen die Errichtung weiterer~~
505 ~~vierter Reinigungsstufen bei kommunalen Kläranlagen unterstützen, bei denen es ökologisch~~
506 ~~sinnvoll und~~ und Restriktionen. Zur Erreichung und Erhalt der gesetzlichen Ziele in Oberflächengewässern ist
es daneben auch ~~notwendig ist. Auch können spezielle Klärstufen zur Vorbehandlung der Einleitungen~~
507 ~~nach Krankenhäusern oder städtischen Belastungsschwerpunkten sinnvoll sein. Wir wollen außerdem~~
508 ~~das Monitoring über die Belastung und die Erforschung der Verursachung gerade auch hinsichtlich~~
509 ~~des Mikroplastiks, die Kläranlagen weiter zu verbessern und die Gewässer naturnah zu gestalten. Die~~
wirkungsvollste Maßnahme zur Reduzierung der Gewässerbelastung mit Spurenstoffen wie Arzneimitteln und
Haushaltschemikalien ist die Erweiterung von Kläranlagen um eine weitere Stufe. Priorität müssen die
Anlagen haben, deren Abläufe die Qualität des dort gewonnenen Trinkwassers gefährden können,

insbesondere im Hessischen Ried. Aber auch die Kläranlagen der hessischen Großstädte sollen ausgebaut werden, da hier deutliche Verbesserungen zu vergleichsweise geringen Kosten möglich sind. Auch die Einträge von Mikroplastik, antibiotikaresistenten Bakterien und anderen Schadstoffen lassen sich so verringern.

Antrag 01-ÄA283-K02 (Zeile 515)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

515 Vereinbarung, die neben dem Schutz ~~einen Ausgleich zwischen Ökonomie und~~ der Lieferregionen einen höheren Stellenwert der Ökologie vorsieht. Wir

Antrag 01-ÄA199-K02 (Zeile 551)

Antragsteller/in: Kreisverband Wetterau

Status: zugelassen

551 ~~wollen-~~wollen. Konkret wollen wir hochwertige landwirtschaftliche Böden, die eine Bodenwertzahl größer 80 aufweisen, besonders schützen. Eine andere Art der Nutzung soll dort nicht mehr möglich sein. Dabei achten wir weiter auf die ausgewogene Balance, die es bei der notwendigen

Antrag 01-ÄA200-K02 (Zeile 551)

Antragsteller/in: Kreisverband Wetterau

Status: zugelassen

551 ~~wollen-~~wollen. Zur Eindämmung des Flächenverbrauchs setzen wir uns das Ziel der Reduktion auf einen Hektar pro Tag bis zum Ende der Legislaturperiode 2023/24. Dabei achten wir weiter auf die ausgewogene Balance, die es bei der notwendigen

Antrag 01-ÄA274-K02 (Zeile 561)

Antragsteller/in: Monika Fuhrig (KV Odenwald)

Status: zugelassen

561 zwitschert, summt und brummt. Dafür haben wir in der Landwirtschaft, aber auch im Wald- und Naturschutz

Antrag 01-ÄA285-K02 (Zeile 578-580)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

578 Naturschutzflächen in ihren Wäldern arbeiten. ~~Im Staatswald wollen wir den heimischen Bäumen-~~

579 ~~Vorrang beim Anbau geben.~~ Um die gute Arbeit im Wald fortzusetzen, benötigen wir entsprechend

Antrag 01-ÄA287-K02 (Zeile 579)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

579 Vorrang beim Anbau geben. Wir bekennen uns zu einer nachhaltigen Forstwirtschaft, die ebenso die Nutz- und Erholungsfunktionen der Wälder als Erholungsraum für die Menschen und als Holzlieferant einschließt. Der Rohstoff Holz spielt eine wichtige Rolle in der Energiewende. Um die gute Arbeit im Wald fortzusetzen,

benötigen wir entsprechend

Antrag 01-ÄA034-K02 (Zeile 580)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

580 motiviertes und gut aufgestelltes Personal. Wir setzen uns dafür ein, dass hier die Rahmenbedingungen stimmen. Wir wollen, dass bei der Bewirtschaftung unseres

Antrag 01-ÄA002-K02 (Zeile 581)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Land

Status: zugelassen

581 Staatswaldes ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele gleichrangig verfolgt werden.

582 „Innerstädtisches Klima verbessern

583 Neben Wäldern und Wiesen gilt es vor allem in Ballungsräumen, die vorhandenen wohnort- und innenstadtnahen Erholungsflächen und Grünanlagen trotz des zunehmenden Siedlungsdrucks zu schützen und auszubauen. Wir wollen deswegen insbesondere darauf hinwirken, dass Baumfällungen innerhalb von zusammenhängend bebauten Gebieten durch Ersatzpflanzungen kompensiert werden und Baumpflanzungen zur Verbesserung des innerstädtischen Klimas fördern. Um den hessischen Kommunen Anreize bei Investitionen in den innerstädtischen Baumbestand zu geben, fordern wir die landesrechtlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass beispielsweise Baumpflanzungen buchhalterisch nicht mehr als Aufwendungen, sondern als Investitionen behandelt werden.“

Antrag 01-ÄA011-K02 (Zeile 582-586)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder

Status: zugelassen

582 • **Buchenwälder schützen:** Alte, ~~wertvolle Buchenwälder brauchen unseren~~ Buchenwälder erhalten und schützen. Naturnahe Buchenwälder mit einem hohen Alt- und Totholzanteil sind sehr selten geworden und benötigen als unser Naturerbe besonderen Schutz. Wir

583 ~~wollen deren Umwandlung in einen vielstufigen Dauerwald fördern. Die Bäume, die 140 Jahre und~~

584 ~~älter sind, sind besonders ökologisch wertvoll und~~ Für wertvolle Bestände streben wird vorrangig eine Ausweisung als „Wildnis-Insel“ an. Im Falle einer unvermeidbaren Nutzung wollen wir deshalb in ihrer Zahl konsequent

585 ~~erhöhen~~ eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, die die natürliche dynamische Waldentwicklung zum Vorbild hat und alle Buchen, die älter als 140 Jahre sind, dauerhaft als „Methusalem“ bzw. Habitatbäume sichern.

Antrag 01-ÄA306-K02 (Zeile 582-586)

Antragsteller/in: Felix Bleuel (KV Rheingau-Taunus)

Status: zugelassen

582 • **Buchenwälder schützen:** Alte, wertvolle Buchenwälder brauchen unseren besonderen Schutz. ~~Wir~~

583 wollen ~~deren~~ Umwandlung des Hessischen Staatswaldes in einen vielstufigen Dauerwald fördern. ~~Die-~~

~~Bäume, die~~ Da Buchen über 140 Jahre ~~und~~
584 ~~älter sind, sind besonders alt und~~ ökologisch besonders wertvoll ~~u~~sind wollen wir ~~deshalb in ihrer~~
insbesondere die Zahl dieser Bäume konsequent
585 erhöhen.

Antrag 01-ÄA275-K02 (Zeile 594)

Antragsteller/in: Monika Fuhrig (KV Odenwald)
Status: zugelassen

594 Amphibientunnel und Grünbrücken bei Verkehrsplanungen. Menschen, die sich ehrenamtlich um Biodiversität kümmern, wollen wir vermehrt unterstützen. So zum Beispiel diejenigen die Kröten über die Straße bringen; dort braucht es Tempolimits und Verkehrskontrollen, die wir einrichten wollen. Die Maßnahmenplanung für die hessischen

Antrag 01-ÄA020-K02 (Zeile 613)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder
Status: zugelassen

613 Entschädigungszahlungen geben. Das Wildnisziel des Bundes auf 2% der Fläche wollen wir erreichen.

Antrag 01-ÄA288-K02 (Zeile 617-619)

Antragsteller/in: LAG Mobilität
Status: zugelassen

617 Kellerwald und das Biosphärenreservat Rhön sollen weiterentwickelt und gestärkt werden. ~~Die-~~
618 Ebenso werden die bewährten Naturparke als klammer zwischen den Interessengruppen berücksichtigt und weiter entwickelt. Die Rahmenbedingungen für die Ausweisung von Naturschutzgebieten wollen wir, z.B. durch

Antrag 01-ÄA015-K02 (Zeile 626)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder
Status: zugelassen

626 das Biosphärenreservat Rhön wäre die Ausweisung eines Nationalparks Rhön. Die Naturschutzgroßprojekte und LIFE-Projekte in Hessen wollen wir stärken.

Antrag 01-ÄA175-K02 (Zeile 644-648)

Antragsteller/in: Ursula Hammann (Kreisverband Groß-Gerau)
Status: zugelassen

644 Verbesserung des Tierschutzes in Hessen kümmern. Mit der Veränderung der Jagdverordnung, ~~dem~~
645 ~~Katzenkastrationsmobil~~ der Katzenkastrationsverordnung für den Umgang mit streunenden Katzen, der Einrichtung der Hessischen
646 Tierschutzstiftung, ~~der Einrichtung der Professuren zur Reduzierung von Tierversuchen und der~~
647 zur Unterstützung der Tierheime und Wildtierauffangstationen der Einrichtung der Professuren zur Reduzierung von Tierversuchen haben wir in Hessen schon viele Verbesserungen auf den Weg

Antrag 01-ÄA176-K02 (Zeile 653-655)

Antragsteller/in: Ursula Hammann (Kreisverband Groß-Gerau)
Status: zugelassen

- 653 Landesebene. Aufgrund der ~~Probleme der kommunalisierten Veterinärkontrolle~~ komplexen Anforderungen im Vollzug des Tierschutzrechtes wollen wir einen
- 654 Expertenpool als „Task-Force Tierschutz“ ~~für~~ insbesondere für Tiertransporte, Zirkus, Exoten- und Wildtierhaltung bilden. Außerdem

Antrag 01-ÄA129-K02 (Zeile 655-657)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

- 655 setzen wir uns für eine auskömmliche Finanzierung der Tierheime ein. ~~Auf Bundesebene setzen wir~~
- 656 ~~uns für ein Verbot von Wildtieren~~ Wir wollen dem Beispiel anderer europäischer Länder folgen und Tiere im Zirkus ein-verbieten, da die Dressur und Vorführung der Tiere vor vielen Menschen im beengten Raum nicht tiergerecht ist. Für zoologische Gärten und Wildtierparks fordern wir außerdem eine Fokussierung auf Artenschutz und Naturschutzbildung.

Antrag 01-ÄA024-K02 (Zeile 662)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder
Status: zugelassen

- 662 der Menschen, die Freude am Tier und auch das Wohlbefinden des Tieres. Den Online-Verkauf von Wildtieren wollen wir über Maßnahmen auf Bundesebene regulieren.

Antrag 01-ÄA179-K02 (Zeile 669-671)

Antragsteller/in: Ursula Hammann (Kreisverband Groß-Gerau)
Status: zugelassen

- 669 Ersetzung der Tierversuche (replace) beibehalten. ~~Bei der Förderung von Forschungsprojekten-~~
- 670 Mittel- und langfristig soll auf die Einhaltung dieses Gleichklangs geachtet werden die Förderung von Forschung mit Tierversuchen und mit Alternativmethoden paritätisch sein.

Antrag 01-ÄA180-K02 (Zeile 673)

Antragsteller/in: Ursula Hammann (Kreisverband Groß-Gerau)
Status: zugelassen

- 673 nicht an der Außengrenze der EU abgegeben werden. Die Einhaltung der EU Tierschutzvorgaben muss in Drittländern über bilaterale Abkommen eingefordert werden. Bei konkreten Anhaltspunkten auf Nichteinhaltung der Tierschutztransport Verordnung in Drittländern dürfen diese nicht abgefertigt werden. Die tierschutzrechtswidrigen Zustände bei

Antrag 01-ÄA154-K02 (Zeile 675)

Antragsteller/in: Kreisverband Kassel-Stadt
Status: zugelassen

- 675 • **Jagdrecht anpassen:** Das Jagdrecht wollen wir evaluieren und in Zusammenarbeit mit den Umwelt- und Jagdverbänden fortschreitend an

Änderungsanträge zu Antrag K03: Kapitel 3: Mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit durch Ausbau der Kinderbetreuung und bessere Schulen (Zeile 701-1101)

Mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit durch Ausbau der Kinderbetreuung und bessere Schulen

Antrag 01-ÄA276-K03 (Zeile 706)

Antragsteller/in: Monika Fuhrig (KV Odenwald)
Status: zugelassen

706 bestmöglich entfalten können - unabhängig vom Geldbeutel, dem Bildungsstand oder der Herkunft ihrer Eltern. Damit

Antrag 01-ÄA243-K03 (Zeile 723)

Antragsteller/in: Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus)
Status: zugelassen

723 wurden zusätzliche Stellen bereitgestellt. Die Ausbildung von Schulgesundheitsfachkräften wollen wir fortführen, um die Gesundheit förderndes Lehren und Lernen zu ermöglichen.

Antrag 01-ÄA098-K03 (Zeile 763)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

763 mehr Personal und kleinere Gruppen zu schaffen. Ohne ausreichendes Fachpersonal kann kein weiterer Ausbau erfolgen. Wir setzen uns für mehr und attraktivere Ausbildungsplätze und eine angemessene Bezahlung von Fachkräften ein. Schließlich soll der Besuch einer Krippe oder

Antrag 01-ÄA277-K03 (Zeile 771)

Antragsteller/in: Monika Fuhrig (KV Odenwald)
Status: zugelassen

771 Qualität ihrer Schulungen, sowie die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und finanziellen Grundlage stärker in den Fokus rücken.

Antrag 01-ÄA016-K03 (Zeile 829)

Antragsteller/in: Kreisverband Schwalm-Eder
Status: zugelassen

829 Schulen bei der Einführung des Profils 3 mit entsprechenden Ressourcen des Landes unterstützen. Wir möchten dem Biorhythmus von Kindern und Jugendlichen entgegenkommen und setzen uns für einen Schulbeginn frühestens um 8.30 Uhr ein.

Antrag 01-ÄA099-K03 (Zeile 846)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

- 846 Anstrengung die Zahl der Sekretariats- und Verwaltungskräfte an den Schulen erhöhen. Dabei darf für die Schulträger keine höhere finanzielle Belastung entstehen. So können

Antrag 01-ÄA035-K03 (Zeile 863-865)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

- 863 Regelung für die Bezahlung der Grundschullehrkräfte nach A13 einsetzen.
864
865 Um den besonderen Aufgaben der Klassenleiter*innen angemessen Rechnung zu tragen, soll eine wöchentliche Klassenlehrerstunde über die 5. Klasse hinaus für die gesamte Sekundarstufe fortgesetzt werden.
866 Der Arbeitsmarkt für Lehrer*innen wird auch in den kommenden Jahren angespannt bleiben. Denn

Antrag 01-ÄA194-K03 (Zeile 868-870)

Antragsteller/in: Dr. Christiane Schmahl (KV Gießen)
Status: zugelassen

- 868 ~~Dennoch werden wir weiter~~ Deshalb werden wir die Studienkapazitäten an den Hochschulen anpassen ~~sowie den~~
869 , in den besonders betroffenen Studiengängen Lehramt für Grundschulen und Lehramt für Förderschulen den Numerus Clausus aufheben und den Erwerb des Lehramts für Grund- und Förderschulen durch Lehrer*innen mit anderen Abschlüssen fördern, sowie den Quereinstieg in den Lehrberuf fördern und mit entsprechenden Qualifizierungsangeboten

Antrag 01-ÄA100-K03 (Zeile 874)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

- 874 **Mehr pädagogische Freiheit und Qualität ~~statt Zwangsbeglückungen~~**

Antrag 01-ÄA101-K03 (Zeile 877-879)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

- 877 orientiert. Mit ~~uns wird es weder CDU noch SPD Zwangsbeglückungen geben. Mit den~~
878 den Bildungsstandards, dem Hessischen Referenzrahmen Schulqualität und den Anforderungen der

Antrag 01-ÄA262-K03 (Zeile 883)

Antragsteller/in: Ben Seel (KV Frankfurt · Nr. 20700000, 10700400)
Status: zugelassen

- 883 Auch Schüler*innen sollen mehr Wahlfreiheit bei der Gestaltung des Unterrichts bekommen. So sollen sie nach ihren individuellen Lernformen Entscheidungen treffen dürfen, welche Art des Unterrichts sie bevorzugen. Dabei möchten wir Schulen ermöglichen. Dazu gehört für uns beispielsweise, dass Schulen freiwillig schriftliche Bewertungen als

Antrag 01-ÄA131-K03 (Zeile 884)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

- 884 Ergänzung oder anstelle von Ziffernoten bis Jahrgangstufe 8 einführen können. Hausaufgaben müssen zu Lernaufgaben mit Betreuung werden. Die klassischen Hausaufgaben wollen wir abschaffen, da sie zur sozialen Ungleichheit in unserem Bildungssystem beitragen. Auch wollen wir

Antrag 01-ÄA267-K03 (Zeile 884)

Antragsteller/in: Administrator
Status: zugelassen

- 884 Ergänzung oder anstelle von Ziffernoten ~~bis Jahrgangstufe 8~~ in allen Jahrgangsstufen einführen können. Auch wollen wir

Antrag 01-ÄA257-K03 (Zeile 889-893)

Antragsteller/in: Ben Seel (KV Frankfurt · Nr. 20700000, 10700400)
Status: zugelassen

- 889 individueller Förderung und somit zu besserer Qualität führt. ~~So kann auch auf spezifischen~~
890 ~~Förderbedarf für Hochbegabte oder Schüler*innen mit Teilleistungsstörungen wie z.B. Legasthenie~~
891 ~~oder~~ Die Beratung und Förderung von Menschen mit Dyskalkulie besser eingegangen und Legasthenie muss vereinfacht und über das Kindesalter hinaus ermöglicht werden.
892 Um dies zu erreichen, wollen wir sicherstellen, dass es an jeder Schule und Hochschule Lehrkräfte mit Fachkenntnissen innerhalb dieser Thematiken gibt.
Ein weiterer Baustein zur Qualitätsverbesserung ist die regelmäßige Evaluation des

Antrag 01-ÄA036-K03 (Zeile 918)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

- 918 Versorgung aus einem Guss erreichen, sowie für eine bessere Qualifizierung der Teilhabeassistent*innen sorgen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Träger der Eingliederungshilfe die Teilhabeassistent*innen nach Tarif bezahlen.

Antrag 01-ÄA202-K03 (Zeile 918)

Antragsteller/in: Administrator
Status: zugelassen

- 918 Versorgung aus einem Guss erreichen.
919 Schulträger bei der Erneuerung der Schulgebäude unterstützen

Bau und Erhalt der Schulgebäude sind Aufgaben der kommunalen Schulträger. Dennoch hat das Land mit den beiden kommunalen Investitionsprogrammen (KIP I und KIP II) erhebliche Mittel bereitgestellt, um die Schulträger auch bei Baumaßnahmen an Schulen zu unterstützen. Wir wollen ein drittes kommunales Investitionsprogramm (KIP III) auflegen. Der Schwerpunkt des KIP III soll auf der Sanierung von Schulbauten, insbesondere der sanitären Anlagen liegen. Denn dieses Problem stinkt in manchem Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel. Spätestens zum Ende der Legislaturperiode soll es keine Schul-Toilette mehr geben, vor deren Benutzung sich Schülerinnen und Schüler ekeln müssen.

Antrag 01-ÄA309-K03 (Zeile 918)

Antragsteller/in: Landesvorstand
Status: zugelassen

918 Versorgung aus einem Guss erreichen.

Schulträger bei der Erneuerung der Schulgebäude unterstützen

Bau und Erhalt der Schulgebäude sind Aufgaben der kommunalen Schulträger. Dennoch hat das Land mit den beiden kommunalen Investitionsprogrammen (KIP I und KIP II) erhebliche Mittel bereitgestellt, um die Schulträger auch bei Baumaßnahmen an Schulen zu unterstützen. Wir wollen ein drittes kommunales Investitionsprogramm (KIP III) auflegen. Der Schwerpunkt des KIP III soll auf der Sanierung von Schulbauten, insbesondere der sanitären Anlagen liegen. Denn dieses Problem stinkt in manchem Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel. Spätestens zum Ende der Legislaturperiode soll es keine Schul-Toilette mehr geben, vor deren Benutzung sich Schülerinnen und Schüler ekeln müssen.

Antrag 01-ÄA003-K03 (Zeile 931)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Land
Status: zugelassen

931 umsetzen und fortschreiben.

Flächendeckende Inklusion auch im Elementarbereich

Im Bereich der Inklusion stehen wir im Spannungsverhältnis zwischen einer möglichst schnellen Umsetzung und der Herausforderung, dass die Veränderung unseres seit Jahrzehnten nicht inklusiven Bildungssystems nicht zu Überforderungen führt. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kinder und Jugendliche in hessischen Bildungseinrichtungen (Elementar-, Primar- und Sekundarstufe) mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen und gefördert werden können. Einige Weichen sind hierfür bereits in die richtige Richtung gestellt, es bleibt aber noch eine Menge zu tun.

In Kinderbetreuungseinrichtungen der Elementarstufe wollen wir eine flächendeckende inklusive Betreuung von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren ermöglichen und die hierfür notwendigen baulichen (beispielsweise barrierefreie Wasch- und Gruppenräume), personellen, finanziellen und konzeptionellen Voraussetzungen schaffen. Um eine qualifizierte inklusive Arbeit multiprofessioneller pädagogischer Fachkräfte zu ermöglichen, sollen zukünftig neben den in § 25 Abs. 1 und 2 HKJGB genannten Fachkräften auch Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten, Krankengymnastinnen und Krankengymnasten, Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten, Logopädinnen und Logopäden, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger, Hebammen, Entbindungspfleger, Ergotherapeutinnen und -therapeuten, Kinderkrankenschwestern und -pfleger sowie Personen, die die erste Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen oder Förderschulen bestanden haben, mit der Mitarbeit in Kindergruppen betraut

werden können (nach einer Qualifizierung in Pädagogik der Kindheit und Entwicklungspsychologie im Umfang von zusammen mindestens 25 Tagen, die auch berufsbegleitend durchgeführt werden kann, oder nach einem einjährigen betreuten Berufspraktikum). Durch geringere Gruppengrößen und einen höheren personellen Mindestbedarf in allen hessischen Bildungseinrichtungen der Elementarstufe muss der adäquaten Betreuung von Kindern mit und ohne erhöhten Förderbedarf Rechnung getragen werden. Außerdem sollen Eltern von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf das Recht und die Möglichkeit haben, die Kindertagesstätte frei wählen zu dürfen.

Antrag 01-ÄA013-K03 (Zeile 931)

Antragsteller/in: Hiltrud Hofmann (KV Gießen · Nr. 10700600)

Status: zugelassen

931 umsetzen und fortschreiben.

Schutz von Kindern und Jugendlichen, Unterstützung von Familien

Kinder- und Jugendhilfe nach Kassenlage der Kommunen ist ein Zustand, der unsere Gesellschaft langfristig teuer zu stehen kommt. Aus Mangel an personeller und finanzieller Ausstattung kann in den Allgemeinen Sozialen Diensten der Jugendämter oft nur unzureichend reaktiv gehandelt werden. Stattdessen brauchen wir eine präventive, qualitativ hochwertige Arbeit. Dies kann nur gewährleistet werden durch eine ausreichende personelle Ausstattung, hessenweit gültige Standards, gute Vernetzung der Akteure und gute Einarbeitungs- sowie Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

933 Wir wollen dafür sorgen, dass die Qualität der Hilfe für Kinder in Not sich stetig weiter entwickelt, die Fachkräfte und Institutionen qualifiziert und gut vernetzt arbeiten können. Die Zusammenarbeit der Professionen (Sozialarbeit, Schule, Medizin, Justiz, Polizei) wollen wir durch Kooperationsstandards verbessern, damit Aufgaben und Zuständigkeiten besser abgestimmt und stärker gebündelt werden können.

934 Kinder, Jugendliche und Familien müssen sich darauf verlassen können, dass die Leistungen, Beratungen und die Unterstützung die ihnen zusteht, fachlich kompetent, gut organisiert in ganz Hessen nach vergleichbaren Standards vorhanden sind.

935 Die Hessischen Landesregierung muss dafür sorgen, dass ihre eigenen kinder-, jugend-, und familienpolitischen Ziele mit den 33 kommunalen Jugendämtern und der große Vielzahl von freien Trägern der Jugendhilfe abgestimmt und umgesetzt werden. Dabei sind oft auch Abstimmungen mit anderen Ressorts (Schule, Justiz, Polizei, Gesundheitswesen etc.) notwendig. Kinderschutzambulanzen sollen in Kliniken ausgebaut werden und überall in Hessen erreichbar sein.

936 Wir wollen, dass die Landesregierung gemeinsam mit den öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe u. a. überprüft, ob sich die Reform der Jugendhilfeverwaltung in Hessen im Jahr 2000 bewährt hat oder ob eine neue zentrale „Bündelungs- und Kompetenzstelle Kinder- und Jugendhilfe“ in Hessen geschaffen werden sollte.

Qualifikation der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe

Sozialpädagogen*innen, Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen sind in der Kinder- und Jugendhilfe die wichtigsten Fachkräfte und müssen immer neuen Herausforderungen gerecht werden. Sie brauchen für Ihre verantwortungsvolle Arbeit eine sehr vielschichtige Qualifikation, umfassende Kenntnisse aus verschiedenen Disziplinen, persönliche Haltung und Engagement.

938 Wir wollen uns stärker um die Arbeitsbedingungen und die Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte kümmern und schlagen vor, in Hessen einen runden Tisch mit Anstellungsträgern, Hochschulen und Ausbildungsstellen, Berufsverbänden etc. einzurichten. Hier sollen kontinuierlich Fragen der Anforderungen der Praxis, Ausbildungs- und Studieninhalte, die Praxisanbindung in der Ausbildung, der Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis etc. behandelt werden.

Antrag 01-ÄA037-K03 (Zeile 931)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

931 umsetzen und fortschreiben. Ein großes Problem ist, dass Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Lehrer*innen und Familienrichter*innen oft in ihrem Studium nicht ausreichend auf Kinderschutzbelange vorbereitet werden. Zur Stärkung des Kinderschutzes werden wir darauf drängen, dass Bildungseinrichtungen im Rahmen der Ausbildung von Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Lehrer*innen und Familienrichter*innen verbindliche Lehrveranstaltung zum Thema Kinderschutz bereitstellen. Wir werden dafür sorgen, dass in Hessen ausreichend Professuren für Kinderschutz besetzt werden.

Antrag 01-ÄA195-K03 (Zeile 941-944)

Antragsteller/in: Dr. Christiane Schmahl (KV Gießen)
Status: zugelassen

941 vorhandenen Angeboten der Schulsozialarbeit der Jugendhilfe- und Schulträger an. Dazu sind an den staatlichen Schulämtern regelmäßige Arbeitskreise mit den Trägern der Jugendhilfe und der äußeren Schulverwaltung zu bilden. Im Mittelpunkt
942 stehen dabei für uns die Unterstützung der Schüler*innen und ~~nicht der Streit um Zuständigkeiten~~
943 ~~zwischen Land und~~ die gute Zusammenarbeit mit den Kommunen. Dabei ist der jeweils eigenständige Auftrag und Beitrag von

Antrag 01-ÄA088-K03 (Zeile 959-970)

Antragsteller/in: LAG ChristInnen
Status: zugelassen

959 Wir stehen im Bildungswesen für die Gleichbehandlung ~~der Weltreligionen. So wie es~~ aller Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften. Neben dem katholischen und
960 evangelischen Religionsunterricht ~~gibt, soll es auch islamischen Religionsunterricht an unseren~~
961 ~~Schulen geben. Das setzt neben entsprechenden Lehrplänen auch einen verlässlichen Partner auf~~
962 ~~Seiten der Kirchen und Religionsgemeinschaften voraus. Hessen hat sich vor einigen Jahren u.a.~~
963 ~~für den Moscheeverband DITIB als Kooperationspartner für den islamischen Religionsunterricht~~
964 ~~entschieden. Angesichts der Verbindungen von DITIB zur türkischen Religionsbehörde und zur~~
965 ~~Regierung der Türkei hat die Landesregierung DITIB bis Ende 2018 Zeit gegeben, Auflagen zu~~
966 ~~erfüllen sowie ihre Unabhängigkeit und Verlässlichkeit unter Beweis zu stellen. Das Ergebnis~~
967 ~~bleibt abzuwarten. Für~~ setzen wir uns ~~ist klar, dass es auch für den Fall, dass die Zusammenarbeit mit~~
968 ~~DITIB nicht fortgesetzt~~ für den weiteren Ausbau des islamischen Religionsunterrichts ein. Das setzt neben entsprechenden Lehrplänen auch einen verlässlichen Partner auf Seiten der Kirchen und Religionsgemeinschaften voraus. Übergangsweise könnte dabei auch ein Beirat nach NRW-Vorbild gebildet werden ~~kann, weiterhin ein Unterrichtsangebot für Schüler*innen~~

- 969 ~~muslimischen Glaubens geben soll.~~ Sowohl die zunehmende Säkularisierung als auch die weltanschaulich, religiöse Vielfalt der heutigen Gesellschaft erfordern eine Neukonzeptionierung der weltanschaulich, religiösen Bildung an öffentlichen Schulen, um u.a. religiöse Toleranz zu vermitteln.

Antrag 01-ÄA259-K03 (Zeile 972)

Antragsteller/in: Sofia Ganter (KV Darmstadt · Nr. 20700000, 10700200)

Status: zugelassen

- 972 Bildung wollen wir stärken. Sie ist unverzichtbar für unsere Demokratie. Darum möchten wir Unterricht im Bereich Politik/Sozialkunde/Wirtschaft auf der Studentafel stärken und einen durchgängigen Politikunterricht auf alle weiterführenden Schulen sicherstellen.
- 973 Schule ist für uns

Antrag 01-ÄA255-K03 (Zeile 973-977)

Antragsteller/in: Ben Seel (KV Frankfurt · Nr. 20700000, 10700400)

Status: zugelassen

- 973 auch Ort für Mitbestimmung und das Erlernen demokratischer Prinzipien. Deshalb ~~unterstreichen~~
- 974 ~~wir auch die Bedeutung der Schülervertretungen auf Ebene der einzelnen Klasse~~ fördern wir flächendeckende Klassenräte, der Schule sowie
- 975 ~~auf Kreis- und Landesebene. Ihre Arbeit werden wir weiter inhaltlich~~ stärken die Schüler*innenvertretung organisatorisch und finanziell
- 976 ~~unterstützen~~ und schlagen eine paritätische Besetzung von Schulkonferenzen vor.

Antrag 01-ÄA279-K03 (Zeile 994)

Antragsteller/in: Monika Fuhrig (KV Odenwald)

Status: zugelassen

- 994 gilt aber unser Prinzip: keine Zwangsbeglückungen, ermöglichen statt verordnen. Dazu gehört für uns auch, dass Eltern wieder stärker in die Entscheidung, ob G8 oder G) das Richtige für ihr Kind ist, eingebunden werden.

Antrag 01-ÄA188-K03 (Zeile 1042-1044)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Land

Status: zugelassen

- 1042 Land und den Schulträgern ergänzen.
- 1043 Wir streben außerdem an, alle Schüler*innen ab der Mittelstufe mit einem eigenen Computer auszustatten. Hierzu werden 500.000,- € für ein Pilotprojekt bereitgestellt, in dem Lehrer für ihre Schüler*innen sogenannte Einplatinencomputer (Raspberry Pi; Einkaufspreis ca. 50,- €) einsetzen können.
- Der Erwerb von Kompetenzen in der Nutzung von digitalen Medien und der IT durch Schüler*innen

Antrag 01-ÄA102-K03 (Zeile 1049-1051)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau

Status: zugelassen

1049 Curricula und Lernmethoden müssen sich nicht dauernd ändern, ~~weil eine neue Sau durch das~~
1050 ~~digitale Dorf getrieben wird~~. Allerdings haben Schüler*innen ein Recht darauf, dass sie der

Antrag 01-ÄA132-K03 (Zeile 1049-1057)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH

Status: zugelassen

1049 ~~Curricula und Lernmethoden müssen sich nicht dauernd ändern, weil eine neue Sau durch das~~
1050 ~~digitale Dorf getrieben wird. Allerdings haben Schüler*innen ein Recht darauf, dass sie der~~
1051 ~~Lebenswirklichkeit im 21. Jahrhundert angepasst werden, damit sie ausreichend auf die späteren~~
1052 ~~Ansprüche in Ausbildung, Studium und Beruf vorbereitet werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass~~
1053 ~~auf den Erwerb analoger Kompetenzen wie Schreiben, Lesen, Rechnen oder die musische und~~
1054 ~~sportliche Basiserziehung verzichtet werden~~ Ebenso wollen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen. So
kann das Smartphone das schwere Wörterbuch ersetzen oder die E-Learningplattform die Blättersammlung.
Dafür brauchen Schulen die notwendige Ausstattung, SMART-Boards, Whiteboards und Dokumenten-Kameras
sollten zur Grundausrüstung jeder Schule gehören, der Tageslichtprojektor gehört in die Geschichtsbücher.
Der Einsatz digitaler Endgeräte ist für uns
1055 niemals Selbstzweck, sondern muss in ein pädagogisches Konzept eingebunden sein.
1056 Dabei gilt: Digitales Lernen muss für alle zugänglich sein, es braucht klare Sponsoring-Regeln und freier
Software ist Vorrang zu geben.
Die sozialen Medien nehmen einen großen Anteil der Lebenswelt von Kinder und Jugendlichen ein.

Antrag 01-ÄA212-K03 (Zeile 1061)

Antragsteller/in: Kreisverband Darmstadt

Status: zugelassen

1061 Gegenstand des Unterrichts sein. Altersgerecht sollte dies bereits in der Grundschule beginnen. Zur
Bekämpfung von Cybermobbing wollen wir Schülerinnen und Schülern
kompetente Ansprechpartner zur Seite stellen und ihnen helfen,
schädliche Inhalte aus dem Netz zu entfernen.

Antrag 01-ÄA258-K03 (Zeile 1065-1067)

Antragsteller/in: Ben Seel (KV Frankfurt · Nr. 20700000, 10700400)

Status: zugelassen

1065 Weiterbildung erhält einen größeren Stellenwert in der schulischen Praxis. ~~Spätestens seit der~~
1066 ~~Studie des Bildungsforschers John Hattie ist klar:~~ Der entscheidende Faktor zum Gelingen von

Antrag 01-ÄA280-K03 (Zeile 1075)

Antragsteller/in: Monika Fuhrig (KV Odenwald)

Status: zugelassen

1075 Projektorientierung, Binnendifferenzierung, interkulturelle Kompetenz und Inklusion einen stärkeren
Stellenwert in allen

Antrag 01-ÄA260-K03 (Zeile 1084-1089)

Antragsteller/in: Ben Seel (KV Frankfurt · Nr. 20700000, 10700400)
Status: zugelassen

- 1084 sich im Zweifel klar zu werden, ob die Tätigkeit als Lehrer*in das Richtige für sie ist. ~~Dem-~~
1085 ~~Konzept eines Praxissemesters, also einer engen~~ Uns liegt die enge Verzahnung von Praxisanteilstellen und
theoretischen
1086 Lehrinhalten, ~~stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber,~~ am Herzen. Deshalb möchten wir die Praxisanteile
im Lehramtsstudium stärken. Das Praxissemester hat sich hierfür nicht als der richtige Weg herausgestellt -
mit den Erfahrungen der Erprobung können wir allerdings ~~wollen wir nach der ersten-~~
1087 ~~Erprobungsphase Nachbesserungen an der jetzigen Regelung anbringen.~~
1088 die Praxisphasen im Studium verbessern. Die Fortbildung der Lehrer*innen ist Studien zufolge eines der
wichtigsten Instrumente zur

Antrag 01-ÄA103-K03 (Zeile 1101)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

- 1101 wollen wir in den kommenden Jahren fortsetzen. Die Kommunen werden dadurch keinen weiteren
finanziellen Belastungen ausgesetzt.

Antrag 01-ÄA225-K03 (Zeile 1101)

Antragsteller/in: LAG Medien und Digitales
Status: zugelassen

- 1101 wollen wir in den kommenden Jahren fortsetzen und stärken. Hierzu ist besonders der Zugang zu
Bildungsangeboten zu erleichtern. Dies wollen wir über ein verstärktes Angebot an frei zugänglichen
Onlinekursen erreichen.

Änderungsanträge zu Antrag K04: Kapitel 4: Offene Hochschulen und starke Forschung durch zusätzliche Investitionen, mehr Freiheit und faire Verträge (Zeile 1102-1361)

Offene Hochschulen und starke Forschung durch zusätzliche Investitionen, mehr Freiheit und faire Verträge

Antrag 01-ÄA191-K04 (Zeile 1104)

Antragsteller/in: LAG Inklusion und Behindertenpolitik
Status: zugelassen

1104 Die Förderschulen Hören in Hessen sollen einen bilingualen Unterricht anbieten - in Lautsprache und Gebärdensprache.

1105 Immer mehr junge Menschen interessieren sich für ein Studium. Die Entscheidung jedes einzelnen

Antrag 01-ÄA128-K04 (Zeile 1224-1226)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

1224 angewandte Wissenschaften werden wir fortführen.

1225 Zu besseren Arbeitsbedingungen zählt für uns auch die Förderungen von Wissenschaftlerinnen. Weniger als ein Viertel der Professuren in Hessen sind von Frauen besetzt. Über die Zielvereinbarungen mit den Universitäten und darüber hinaus wollen wir konkrete Maßnahmen und einen best practice Austausch fördern, um die Ursachen für Geschlechterungerechtigkeit zu bekämpfen.

Forschung dient immer der Gesellschaft als Ganzes, daher sind gesellschaftliche Kernfragen, wie

Antrag 01-ÄA268-K04 (Zeile 1226)

Antragsteller/in: Sofia Ganter (KV Darmstadt · Nr. 20700000, 10700200)
Status: zugelassen

1226 zum Beispiel die ökologische Krise, besonders zu adressieren. Wir treiben die Forschungsförderung zu ökologischen Themen, insbesondere zum Klimaschutz, durch Anreizstrukturen und Programme besonders intensiv voran. Die Forschung muss sich zudem vor

Antrag 01-ÄA269-K04 (Zeile 1237-1240)

Antragsteller/in: Sofia Ganter (KV Darmstadt · Nr. 20700000, 10700200)
Status: zugelassen

1237 Nachhaltige Hochschulen

Wir setzen uns für den Ausbau einer Infrastruktur für hochwertige Videokonferenzen ein, mit dem Ziel, die

Klimaschädlichen Reiseaktivitäten in der Forschung zu reduzieren. Wie Unternehmen sollen auch Hochschulen künftig regelmäßige Klimabilanzen erstellen (analog zum Ziel der CO2-neutralen Landesverwaltung). Nachhaltigkeitsbildung in der Lehre möchten wir vorantreiben, sodass Nachhaltigkeit möglichst in allen Studiengängen als übergreifendes Thema verankert wird.

1238 **Gute Infrastruktur schaffen**

- 1239 Gute Bedingungen für Forschung und Lehre erfordern auch intakte Gebäude und eine gute
1240 Geräteausstattung. Daher wollen wir die Investitionsmittel deutlich auf 250 Mio. €€ pro Jahr

Antrag 01-ÄA244-K04 (Zeile 1249-1251)

Antragsteller/in: Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus)
Status: zugelassen

- 1249 dringend notwendig ist. ~~Zudem bildet Deutschland zu wenige Ärzt*innen aus, was den-~~
1250 ~~Fachkräftemangel in der~~ In Deutschland werden zu wenig ÄrztInnen und vor allem zu wenig Hausärztinnen und Hausärzte ausgebildet, was die flächendeckende Gesundheitsversorgung, besonders in den ländlichen Regionen anheizt, gefährdet. Wir werden uns für Zulassungsverfahren zum Medizinstudium einsetzen, die nicht allein von der Abiturnote abhängig sind, sondern zum Beispiel mehr soziale Kompetenzen und Berufserfahrungen berücksichtigen. Das

Antrag 01-ÄA087-K04 (Zeile 1288-1290)

Antragsteller/in: LAG Säkulare Grüne
Status: zugelassen

- 1288 bestehende Autonomie um eine gesteigerte Partizipation erweitert und weiterentwickelt werden.
1289 Im Bereich der Theologie und Religionswissenschaft der staatlichen Universitäten soll der Einfluss der Religionsgemeinschaften auf öffentlich bezahlte universitäre Lehre und Lehrpersonal gemindert werden. Dazu gehört für uns, dass alle Statusgruppen in den Bereichen, in denen sie tätig und betroffen

Antrag 01-ÄA239-K04 (Zeile 1291)

Antragsteller/in: Kreisverband Marburg-Biedenkopf, LAG Wissenschaft und Hochschule
Status: zugelassen

- 1291 zu wenig in die Ausgestaltung der Hochschulen eingebunden. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine paritätische Besetzung der Hochschulgremien ein. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine paritätische Besetzung der Hochschulgremien ein. Gerade bei der Organisation der

Antrag 01-ÄA215-K04 (Zeile 1350)

Antragsteller/in: Kreisverband Darmstadt
Status: zugelassen

- 1350 ~~Forschung~~ Forschung zu Datenschutz, zu menschengerechter Arbeitsgestaltung und zur Prävention gegen Missbrauch und Sucht in Bezug auf neue Medien im Bereich von

Änderungsanträge zu Antrag K05: Kapitel 5: Eine verantwortungsvolle Innenpolitik für die Bürgerinnen und Bürger (Zeile 1362-1671)

Eine verantwortungsvolle Innenpolitik für die Bürgerinnen und Bürger

Antrag 01-ÄA226-K05 (Zeile 1376-1378)

Antragsteller/in: Kreisverband Marburg-Biedenkopf
Status: zugelassen

- 1376 motivierte Terroranschläge haben das Thema Sicherheit ~~mehr denn je~~ zudem in den öffentlichen Fokus
1377 ~~gebracht~~ gerückt. Um realen Gefahren und Verunsicherung entgegenzuwirken, braucht Politik einen klaren

Antrag 01-ÄA008-K05 (Zeile 1378)

Antragsteller/in: Kreisverband Main-Taunus
Status: zugelassen

- 1378 Kompass. Die Lehren aus dem NSU haben gezeigt, dass der Einsatz von V-Leuten höchst umstritten ist. Wir setzen uns für alternative Aufklärungsmöglichkeiten ein, wie z. B. verdeckte Ermittler*innen.

Antrag 01-ÄA251-K05 (Zeile 1396-1398)

Antragsteller/in: Marcus Schmitt (KV Main-Taunus · Nr. 20700000, 10701500)
Status: zugelassen

- 1396 Land Hessen vertrauensvolle und zuverlässige Projektpartner. ~~Wir wollen sie weiter stärken und~~ Deshalb lehnen wir eine Überprüfung solcher Initiativen durch den Verfassungsschutz ab. Wir wollen sie weiter stärken und
1397 die zivilgesellschaftliche Ausrichtung stützen. Bisher ist die Präventionsarbeit im Bereich der

Antrag 01-ÄA252-K05 (Zeile 1404-1406)

Antragsteller/in: Marcus Schmitt (KV Main-Taunus · Nr. 20700000, 10701500)
Status: zugelassen

- 1404 zu sensibilisieren. ~~Zivilgesellschaftliche Akteure und Verbände wollen wir stärker in die~~
1405 ~~Jugend- und Schulsozialarbeit einbeziehen~~ Dabei ist uns wichtig, dass Präventionsarbeit nachhaltig finanziert wird und Jugendarbeit nicht von Sicherheitsbehörden überwacht wird, sondern zivilgesellschaftlich ausgerichtet ist. Muslimische Glaubensgemeinschaften und

Antrag 01-ÄA139-K05 (Zeile 1416-1418)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Stadt
Status: zugelassen

- 1416 auch städtebauliche Maßnahmen, die beispielsweise ~~jungen Frauen~~ den Weg im Dunkeln durch die
1417 Stadt ~~erleichtern~~ sicherer machen.

Antrag 01-ÄA079-K05 (Zeile 1418)

Antragsteller/in: LAG ChristInnen
Status: zugelassen

- 1418 **Wir sagen Nein zu Rechtsextremismus und Antisemitismus**

Antrag 01-ÄA204-K05 (Zeile 1448-1450)

Antragsteller/in: Landesvorstand
Status: zugelassen

- 1448 ~~werden~~;
1449 werden. Dies gilt insbesondere für die Quellen-Telekommunikationsüberwachung und die Online-Durchsuchung, da sie weitreichende Eingriffe in Grundrechte darstellen. Für einen solchen Eingriff hat das Bundesverfassungsgericht zu Recht hohe Hürden definiert. Ob die Einhaltung dieser Hürden überhaupt technisch gewährleistet werden kann, muss sich aus unserer Sicht erst noch erweisen. Sollte dies der Fall sein, muss der Einsatz dieser Instrumente auf Situationen begrenzt sein, in denen die Sicherheitsbehörden hierdurch schwerste Straftaten verhindern oder das Leben von Menschen schützen können. Es ist aber auch hier regelmäßig zu überprüfen, ob der Schutz der Bevölkerung durch die Instrumente tatsächlich und nur durch diese Instrumente verbessert werden kann. Denn nur dann lässt sich ein solcher Eingriff in Grundrechte aus unserer Sicht vertreten. Es ist also zu überprüfen ob der Nutzen für die Sicherheit tatsächlich höher als der Schaden für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ist.

Die Erfahrungen der NSU-Mordserie und der islamistischen Bedrohungen haben außerdem gezeigt,

Antrag 01-ÄA211-K05 (Zeile 1454-1459)

Antragsteller/in: Kreisverband Darmstadt
Status: zugelassen

- 1454 selbstverständlich sichergestellt werden.
1455 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass ~~es bei der anstehenden Vereinheitlichung der~~
1456 ~~Polizeilichen Kriminalstatistik der Bundesländer zum Zwecke der Vergleichbarkeit auch zu einer~~
1457 ~~weiteren Verbesserung der Datenbasis kommt. In dieser Hinsicht halten wir die Einführung einer~~
1458 ~~bundesweiten Dunkelfeldstudie für sinnvoll~~ die Polizei- und Justizstatistiken im Sinne einer evidenzbasierten kriminologischen
Forschung und Sicherheitspolitik reformiert werden.

Antrag 01-ÄA278-K05 (Zeile 1462)

Antragsteller/in: Stephanie Theiss (KV Marburg-Biedenkopf · Nr. 10701600)
Status: zugelassen

- 1462 Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewinnen. Vor dem Hintergrund des hohen Personalbedarfs setzen wir uns auch für die Liberalisierung der Regelungen hinsichtlich der Sichtbarkeit von Tätowierungen ein. Darüber hinaus werden wir

Antrag 01-ÄA104-K05 (Zeile 1467)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

1467 verstärkte Sensibilisierung für Rassismus, Sexismus und ~~Racial Profiling~~ Homo- und Transfeindlichkeit halten wir dabei für

Antrag 01-ÄA134-K05 (Zeile 1479-1482)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

1479 als niedrigschwellige Informations- und Kontaktmöglichkeit. Hierbei ~~muss~~ müssen aber der Zweck ~~der~~
1480 und die Mittel der Kommunikation ~~zum Beispiel zur~~ der Aufgabenerfüllung, ~~zur Öffentlichkeitsarbeit oder zur~~
~~Teilhabe-~~
1481 ~~am gesellschaftlichen Diskurs transparent sein~~ dienen.

Antrag 01-ÄA227-K05 (Zeile 1482-1484)

Antragsteller/in: LAG Medien und Digitales
Status: zugelassen

1482 ~~Anlassbezogene zielgerichtete Überwachung gefährlicher Personen~~ Überwachungsmaßnahmen statt
~~anlassloser Überwachung-~~
1483
1484 Überwachung aller

Antrag 01-ÄA135-K05 (Zeile 1484-1488)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

1484 Wir treten für die bessere Überwachung von Straftäter*innen ~~und Gefährder*innen ein. Wir~~
1485 ein. Wir setzen uns deshalb für mehr Personal bei den Sicherheitskräften auch auf Bundesebene ein. Vor
1486 diesem Hintergrund haben wir auch das Instrument der elektronischen Fußfessel für
1487 sogenannte Gefährder*innen prinzipiell unterstützt. Wir lehnen eine anlasslose Überwachung Aller ab. Dies

Antrag 01-ÄA229-K05 (Zeile 1484-1488)

Antragsteller/in: LAG Medien und Digitales
Status: zugelassen

1484 ~~Wir treten für die bessere Überwachung von Straftäter*innen und Gefährder*innen ein. Wir~~
1485 ~~setzen uns deshalb für mehr Personal bei den Sicherheitskräften auch auf Bundesebene ein. Vor~~
1486 ~~diesem Hintergrund haben wir auch das Instrument der elektronischen Fußfessel für~~
1487 Die Fußfessel für sogenannte Gefährder*innen ~~prinzipiell unterstützt~~ ist rechtstaatlich bedenklich. Diese
Menschen kann rechtlich kein Vorwurf gemacht werden. Eine Fußfessel verletzt den elementaren Grundsatz
im Zweifelsfall für die Freiheit. Außerdem verhindert sie keine Straftaten. Wir lehnen eine anlasslose
Überwachung Aller ab. Dies

Antrag 01-ÄA136-K05 (Zeile 1488-1491)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH

Status: zugelassen

- 1488 gilt auch für eine ausufernde Videoüberwachung. ~~Der punktuelle Einsatz der Videoüberwachung~~
1489 ~~von öffentlichen Plätzen kann aber einen~~ Videoüberwachung stehen wir kritisch gegenüber, der Beitrag zur
~~Sicherheit leisten. Wichtig ist jedoch,~~ Gefahrenabwehr ist umstritten. Wir möchten die Bürger*innen Hessens
nicht unter Generalverdacht stellen. Sollte Videoüberwachung dennoch zum Einsatz kommen, dann ist
wichtig,
1490 dass solche weitgehenden Eingriffe anlassbezogen, verhältnismäßig, eng begrenzt und nach klar

Antrag 01-ÄA82-K05 (Zeile 1488-1490)

Antragsteller/in: Kreisverband Main-Taunus

Status: zugelassen

- 1488 gilt auch für eine ausufernde Videoüberwachung. ~~Der punktuelle Einsatz der Videoüberwachung~~
1489 ~~von öffentlichen Plätzen kann aber einen~~ Videoüberwachung stehen wir kritisch gegenüber, der Beitrag zur
~~Sicherheit leisten~~ Gefahrenabwehr ist umstritten. Wichtig ist jedoch,

Antrag 01-ÄA230-K05 (Zeile 1491)

Antragsteller/in: LAG Medien und Digitales

Status: zugelassen

- 1491 definierten Regeln und Gesetzen erfolgen. Zudem müssen andere Maßnahmen, die Verbrechen vorbeugen,
geprüft werden. Unsere Bewertung entsprechender Regelungen hängt

Antrag 01-ÄA205-K05 (Zeile 1492-1502)

Antragsteller/in: Landesvorstand

Status: zugelassen

- 1492 daher immer von der konkreten Ausgestaltung ab, ~~die in ihrer ihrer Wirksamkeit evaluiert-~~
1493 die in ihrer Wirksamkeit evaluiert werden muss. Eine massenhafte, anlasslose Überwachung lehnen wir strikt
ab. Die Zugriffsrechte
1494 der Sicherheitsbehörden auf Kameras sind daher klar zu definieren. Den Einsatz wollen wir auch
1495 in Zukunft eng mit der bzw. dem Datenschutzbeauftragten abstimmen. Die sogenannte intelligente
1496 Videoüberwachung, die auffälliges Verhalten erkennt oder Gesichter identifiziert, lehnen wir
1497 ab.
1498 Gegenüber neuen technischen Lösungen zur Verbesserung der Sicherheit zeigen wir uns
1499 aufgeschlossen. Dabei ist für uns wichtig, dass die Wirksamkeit angestrebter Maßnahmen durch
1500 wissenschaftliche Studien oder durch die Auswertung der Wirksamkeit in anderen Ländern und
1501 Bundesländern evaluiert wird.
1502 Lehren aus NSU und Reform des Verfassungsschutzes
Nach Bekanntwerden der schrecklichen terroristischen NSU-Mordserie und den zu Tage getretenem Versagen
der Sicherheitsbehörden haben wir in Hessen einen Prozess der Reform des Verfassungsschutzes eingeleitet.
Unser Ziel ist die Neuausrichtung des Verfassungsschutzes zum Schutz einer demokratischen, offenen und
vielfältigen Gesellschaft und eine bessere parlamentarische Kontrolle. Wichtige Schritte haben wir mit dem

Gesetz zur Reform des Verfassungsschutzes erreicht. Dabei haben wir die Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags zu Grunde gelegt und zur Überprüfung der Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen eine eigene Expertenkommission eingesetzt. Mit der Gesetzesnovelle haben wir den Informationsaustausch der verschiedenen Sicherheitsbehörden deutlich verbessert und die Regelungen beim Umgang mit verdeckten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie V-Leuten verschärft. Deren Einsatz muss auf das absolut notwendige Maß beschränkt bleiben und nachrangig gegenüber anderen Aufklärungsmöglichkeiten sein. Die Regeln der parlamentarischen Kontrolle haben wir an die Regeln auf Bundesebene angeglichen. Für uns ist es eine elementare Lehre aus der deutschen Geschichte, dass Nachrichtendienst und Polizeibehörden getrennt bleiben. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir das Verfassungsschutzgesetz evaluieren und die Umsetzung der Handlungsempfehlungen überprüfen. Dabei werden wir insbesondere die Regelungen zur Parlamentarischen Kontrollkommission wie deren Zusammensetzung und die Mittel zur Kontrollausübung sowie die Regelungen zu den V-Leuten auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und ggf. weiterentwickeln.

Antrag 01-ÄA138-K05 (Zeile 1525)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

1525 noch viel vor. Unser Ziel ist die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre.

Antrag 01-ÄA196-K05 (Zeile 1525)

Antragsteller/in: Kreisverband Marburg-Biedenkopf
Status: zugelassen

1525 noch viel vor.

1526 **Lobbytransparenzgesetz:** Wir wollen ein verbindliches Lobbytransparenzgesetz für den Hessischen Landtag einführen, um Transparenz über die beteiligte Unternehmen, Verbände und Organisationen herzustellen, die auf die Gesetzesvorhaben Einfluss nehmen. Dazu gehört ein verbindliches Lobbyregister und der „legislative Fußabdruck“, der dokumentiert, welche Interessensgruppen an den Gesetzesentwürfen beteiligt sind. Weiterhin soll auch eine digitale Verbändeanhörung eingeführt werden, die jeder einsehen kann.

Antrag 01-ÄA213-K05 (Zeile 1566-1570)

Antragsteller/in: Kreisverband Darmstadt
Status: zugelassen

1566 • **Online-Beteiligung für die Landespolitik ermöglichen:** Wir wollen ~~Bürgerbeteiligung-~~
1567 ~~vereinfachen. In diesem Zusammenhang wollen wir das Petitionswesen~~ die Möglichkeiten der Digitalisierung
auch im Landtag ~~von Hessen-~~
1568 ~~modernisieren. Über das Instrument der Online-Petition wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern-~~
1569 ~~künftig die Möglichkeit zur Einreichung und Mitzeichnung von~~ nutzen. Wir wollen Bürgerbeteiligung
vereinfachen. Wir wollen, dass Gesetzesentwürfe lesbarer sind und der Landtag Onlinebeteiligungsverfahren
und Online-Petitionen ~~eröffnen~~ anbietet.

Antrag 01-ÄA264-K05 (Zeile 1566-1570)

Antragsteller/in: Markus Drenger (KV Darmstadt · Nr. 10700200)
Status: zugelassen

- 1566 • **Online-Beteiligung für die Landespolitik ermöglichen:** Wir wollen ~~Bürgerbeteiligung-~~
1567 ~~vereinfachen. In diesem Zusammenhang wollen wir das Petitionswesen im Landtag von Hessen-~~
1568 ~~modernisieren. Über das Instrument~~die Möglichkeiten der ~~Online-Petition wollen wir den Bürgerinnen und-~~
~~Bürgern-~~
1569 ~~künftig~~Digitalisierung auch im Landtag nutzen. Wir wollen Bürgerbeteiligung vereinfachen und
Gesetzesentwürfe leicht lesbar gestalten. Dazu wollen wir digitale Teilnahmeverfahren und die Möglichkeit
~~zur Einreichung und Mitzeichnung von~~von Online-Petitionen ~~eröffnen~~eingeführen.

Antrag 01-ÄA235-K05 (Zeile 1578)

Antragsteller/in: Kreisverband Marburg-Biedenkopf
Status: zugelassen

- 1578 wollen wir von Landesseite durch Beratung und Vernetzung unterstützen.
- 1579 • **Für eine neue Planungskultur:** Um die Interessen von Bürger*innen, Politik und Verwaltung, gerade im Hinblick auf Bauvorhaben, schon frühzeitig zusammenzubringen, wollen wir uns für einen Leitfaden für eine beteiligungsorientierte Planungskultur und eine Verwaltungsvorschrift zur Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Planungsverfahren einsetzen.

Antrag 01-ÄA197-K05 (Zeile 1579-1582)

Antragsteller/in: Kreisverband Marburg-Biedenkopf
Status: zugelassen

- 1579 • ~~Lobbyregister:~~ Wir wollen ein Lobbyregister für den Hessischen Landtag einführen, um
1580 ~~Transparenz über die Unternehmen, Verbänden und Organisationen herzustellen, die auf die~~
1581 ~~Willensbildung Einfluss nehmen.~~

Antrag 01-ÄA234-K05 (Zeile 1579-1582)

Antragsteller/in: Kreisverband Marburg-Biedenkopf
Status: zugelassen

- 1579 • ~~Lobbyregister:~~Lobbytransparenzgesetz: Wir wollen ein ~~Lobbyregister~~verbindliches Lobbytransparenzgesetz
für den Hessischen Landtag einführen, um
1580 Transparenz über die Unternehmen, Verbänden und Organisationen herzustellen, die auf die
1581 ~~Willensbildung~~Gesetzesvorhaben Einfluss nehmen. Dazu gehört ein verbindliches Lobbyregister und der
„legislative Fußabdruck“, der dokumentiert, welche Interessensgruppen an den Gesetzesentwürfen beteiligt
sind. Weiterhin soll auch eine digitale Verbändeanhörung eingeführt werden, die jeder einsehen kann.

Antrag 01-ÄA214-K05 (Zeile 1618-1620)

Antragsteller/in: Kreisverband Darmstadt
Status: zugelassen

- 1618 Verfehlungen von Verwaltungsbeschäftigten zu verhängen.

1619 Wir wollen uns an der OpenGovernment-Initiative des Bundes beteiligen und die hessischen Kommunen durch ein Landesprogramm unterstützen. Mit einer OpenData-Initiative wollen wir öffentliche Informationen und Daten zum Vorteil von Bürgerinnen und Bürgern und der hessischen Wirtschaft nutzen.

Eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab. Wir setzen uns auf Bundesebene sowie im

Antrag 01-ÄA263-K05 (Zeile 1626)

Antragsteller/in: Christian Tramnitz (KV Hochtaunus - Nr. 10700925)

Status: zugelassen

1626 evaluieren.

1627 Für ein Hessen ohne Staatstrojaner

Onlinedurchsuchungen, Quellen-TKÜ und "Staatstrojaner" sind kein Ausdruck einer verantwortungsvollen Sicherheitspolitik. Die nötigen Grundrechtseingriffe für die Überwachung von verschlüsselten Kommunikationen sowie die Schwächung der IT-Sicherheit wiegen schwerer als der Nutzen, der daraus gezogen werden könnte. Deswegen setzen wir uns für künftige hessische Landesgesetze ohne diese Maßnahmen ein und werden bereits eingeführte Maßnahmen erneut zur Debatte stellen.

Antrag 01-ÄA198-K05 (Zeile 1633)

Antragsteller/in: LAG Demokratie und Recht

Status: zugelassen

1633 selbstbestimmte und flexible Lebensplanung das Lebensarbeitszeitkonto erhalten, das wir für Richterinnen und Richter entsprechend anwenden wollen. Für eine

Antrag 01-ÄA38-K05 (Zeile 1645)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

1645 werden. Dazu wollen wir dafür Sorge tragen, dass das Land Hessen als Arbeitgeber Anzahl und Dauer seiner befristeten Beschäftigungsverhältnisse reduziert und seinen Arbeitnehmer*innen spätestens nach vierjähriger befristeter Beschäftigung unbefristete Arbeitsverhältnisse anbietet. Darüber hinaus wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitsmodelle

Antrag 01-ÄA022-K05 (Zeile 1649-1653)

Antragsteller/in: Kreisverband Main-Taunus

Status: zugelassen

1649 Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehrt. ~~Das Landesticket wollen wir nach dem~~

1650 Tarifabschlüsse wollen wir möglichst zeit- und wirkungsgleich auf Beamt*innen übertragen. Das Landesticket wollen wir nach dem Jahr 2018 weiter fortführen und uns mit den Gewerkschaften verständigen wie dieser Vorteil des

1651 hessischen Tarifvertrags (TV-H) mit der Rückkehr in die Tarifgemeinschaft in Einklang gebracht

1652 ~~werden kann.~~ werden kann. Daneben wollen wir für Kommunen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass

sie ihren Mitarbeiter*innen das Landesticket ebenfalls anbieten können. Die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen innerhalb der hessischen

Antrag 01-ÄA289-K05 (Zeile 1655-1658)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

- 1655 ~~In Hamburg können Beamt*innen wählen, ob sie sich gesetzlich krankenversichern oder die-~~
1656 ~~staatliche~~ Die BeamtInnen sollen zukünftig eine echte Wahlmöglichkeit zwischen privater (PKV) und
dergesetzlichen (GKV) Krankenversicherung haben. Anstelle eines Zuschusses zu den gezahlten Beiträgen für
die GKV durch die Beihilfe in Anspruch nehmen. Eine Übernahme dieses Modells für Hessen wollen wir
1657 ~~prüfen~~ soll das Land, wie andere Arbeitgeber auch, die Hälfte des Versicherungsbeitrages übernehmen. Von
diesem in Hamburg bereits eingeführten Modellversprechen wir uns mehr Gerechtigkeit und eine Stärkung
der GKV.

Antrag 01-ÄA245-K05 (Zeile 1660)

Antragsteller/in: Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus)

Status: zugelassen

- 1660 Gesellschaft. Sie dienen der ~~Integration und stärken die Gesundheitsprävention~~ Gesundheitsförderung und
Integration. Miteinander

Antrag 01-ÄA173-K05 (Zeile 1671)

Antragsteller/in: Daniel Stein (KV Kassel-Stadt)

Status: zugelassen

- 1671 für den Sport engagieren, wollen wir einen „sauberen“, dopingfreien und fairen Spitzensport. Wir begrüßen,
dass der eSport immer mehr Anerkennung erfährt und wollen dafür sorgen, dass er die gleichen
Fördermöglichkeiten erhält wie alle anderen Sportarten.

Änderungsanträge zu Antrag K06: Kapitel 6: Für die Stärke des Rechts statt des Rechts des Stärkeren (Zeile 1672-1827)

Für die Stärke des Rechts statt des Rechts des Stärkeren

Antrag 01-ÄA124-K06 (Zeile 1698-1700)

Antragsteller/in: Kreisverband Kassel-Stadt

Status: zugelassen

- 1698 Begleitungsmöglichkeiten im Gericht und durch räumliche Trennung von ~~Opfer- und Täterzeugen-~~
- 1699 mutmaßlichem Opfer und Beschuldigtem weiterentwickeln. Auch kann die Anhörungen per Videoaufnahme im Strafverfahren eine

Antrag 01-ÄA125-K06 (Zeile 1701)

Antragsteller/in: Kreisverband Kassel-Stadt

Status: zugelassen

- 1701 Fortbildungen von Beschäftigten der Justiz muss für den Umgang mit Opfern unter Beachtung der für den Beschuldigten bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens geltenden Unschuldsvermutung weiter verstärkt

Antrag 01-ÄA123-K06 (Zeile 1705-1709)

Antragsteller/in: Kreisverband Kassel-Stadt

Status: zugelassen

- 1705 ~~Das Recht auf Asyl ist im~~ Asylrecht und Flüchtlingsschutz werden durch das Grundgesetz garantiert. Es darf und die Genfer Flüchtlingskonvention, sowie das Asylgesetz garantiert. Asylrecht und Flüchtlingsschutz dürfen nicht aufgrund politischer Stimmungen
- 1706 aufs Spiel gesetzt werden. Auch ~~ist es~~ werden sie ohne Einschränkung ~~A~~ allen garantiert - unabhängig vom
- 1707 erwarteten ökonomischen Nutzen und anderen kurzfristigen Kalkülen. Wir setzen uns dafür ein,
- 1708 dass das Recht auf Asyl und Flüchtlingsschutz in Hessen transparent und fair umgesetzt ~~wird~~ werden. Dabei wollen wir

Antrag 01-ÄA004-K06 (Zeile 1722)

Antragsteller/in: LAG Migration, Flucht und Integration

Status: zugelassen

- 1722 beibehalten und den zivilgesellschaftlichen Akteuren hier stärkeres Gewicht zukommen lassen. Die sogenannten Ankerzentren, wie sie von der Bundesregierung geplant werden, lehnen wir ab. Inhaltlich ist es der völlig falsche Ansatz, tausende Menschen über ein Jahr oder noch länger auf engem Raum unterbringen zu wollen.

Antrag 01-ÄA172-K06 (Zeile 1726-1729)

Antragsteller/in: Landesvorstand
Status: zugelassen

- 1726 die ~~Möglichkeit~~, Möglichkeit, im Einvernehmen mit ~~Zustimmung des Bundes ein Landesaufnahmeprogramm~~
~~für dem Bund ein Landesaufnahmeprogramm für~~ eine begrenzte
- 1727 Personengruppe ein Landesaufnahmeprogramm aufzulegen, wie dies in der Vergangenheit bspw.
- 1728 Berlin, Schleswig-Holstein, Baden-~~Württemberg~~ Württemberg und ~~Thüringen~~ Thüringen gemacht haben. Wir wollen, dass

Antrag 01-ÄA005-K06 (Zeile 1731-1735)

Antragsteller/in: LAG Migration, Flucht und Integration
Status: zugelassen

- 1731 ~~Aufenthaltsbeendende Maßnahmen und Abschiebungen sind ein besonders sensibles Feld, das~~
Aufenthaltsbeendene Maßnahmen und Abschiebungen sind nicht immer
- 1732 ~~wieder zu Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit führt. Abschiebungen sollen so human wie~~
- 1733 ~~möglich durchgeführt werden. Dazu gehört für uns, Abschiebungen aus Bildungs- und~~
- 1734 ~~Betreuungseinrichtungen sowie Krankenhäusern~~ zu vermeiden und ein sensibles Feld. Abschiebungen sollen
so human wie möglich durchgeführt werden. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir Abschiebungen aus
Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie Krankenhäusern heraus grundsätzlich ablehnen. Allen
abzuschiebenden Personen

Antrag 01-ÄA281-K06 (Zeile 1735)

Antragsteller/in: Monika Fuhrig (KV Odenwald)
Status: zugelassen

- 1735 ~~sollen~~ müssen die ihnen zustehenden Rechte, wie der Kontakt zum Rechtsbeistand oder zu einer

Antrag 01-ÄA162-K06 (Zeile 1742-1744)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

- 1742 ~~In bestimmten Fällen allerdings ist Abschiebehaft zur Sicherung eines geordneten Verfahrens-~~
- 1743 ~~unumgänglich~~ Abschiebehaft lehnen wir grundsätzlich ab, jedoch ist sie der allerletzte Weg eines Verfahrens.
Abschiebehaft muss sich deutlich von der Strafhaft unterscheiden. Wir wollen sie

Antrag 01-ÄA039-K06 (Zeile 1748)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

- 1748 werden.
- 1749 Wir setzen uns für eine konsequente Anwendung des Merkmals LSBTIQ* gemäß §3 Asylgesetz als
Schutzgrund für Asylsuchende ein. Wir stellen uns auch gegen eine weitere Ausweitung der sogenannten
"sicheren Herkunftsstaaten" und für die Überprüfung der bestehenden Regelungen, wenn in den sogenannten
sicheren Herkunftsstaaten LSBTIQ* bedroht und kriminalisiert sind.

Antrag 01-ÄA140-K06 (Zeile 1748)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Stadt
Status: zugelassen

1748 werden.

1749 Afghanistan ist nicht sicher! Solange sich das nicht ändert werden wir darauf hinwirken, dass keine Abschiebungen dorthin vollzogen werden.

Antrag 01-ÄA161-K06 (Zeile 1748)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

1748 werden werden. Die Rückkehrberatungen in Hessen möchten wir aussetzen. Sie sind derzeit nur vermeintlich freiwillig, in der Praxis wird Geflüchteten bei Nichtteilnahme häufig mit Sanktionen gedroht. Deshalb wollen wir die derzeitige Praxis zugunsten von unabhängigen Beratungen ersetzen.

Antrag 01-ÄA126-K06 (Zeile 1749-1755)

Antragsteller/in: Annette Courtis (KV Main-Taunus)
Status: zugelassen

1749 ~~Ve~~ In unserer Demokratie überzeugen leben und teilhaben

1750 Geflüchtete und Asylsuchende kommen aus Notsituationen mit der Hoffnung auf ein sicheres und

1751 gutes Leben zu uns - oft ohne bzw. unzureichende Kenntnisse und klare Vorstellungen über die politischen und

1752 gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land. Wir wollen ~~insbesondere auch bei~~ deshalb proaktiv diesen

1753 ~~Gruppen für~~ Gruppen unsere Demokratie und ihre Regeln ~~werben sowie und~~ näherbringen. Wir wollen diese Gruppen nicht nur informieren, sondern auch unterstützen, damit sie über unsere Rechtsordnung

1754 ~~informieren. Die bestehenden Angebote für Rechtsstaatskunde~~ sich zukünftig in unserem Rechtssystem gut zurechtfinden. Angebote zur Informationsgewinnung und Aufklärung wollen wir im schulischen Kontext bzw. in Integrationskursen oder in Form bestehender Angebote für Rechtsstaatskunde ausbauen.

Antrag 01-ÄA302-K06 (Zeile 1754)

Antragsteller/in: Monika Fuhrig (KV Odenwald)
Status: zugelassen

1754 informieren. Die bestehenden Angebote für Rechtsstaatskunde wollen wir ausbauen.

1755 Teilhabe

Geflüchtete die nach Deutschland kommen, werden bei ihrer Ankunft auf ihren Bildungsstand hin eingestuft (Alphabetisierung, Fremdsprachen, Zeugnisse, Abschlüsse, Berufserfahrungen, etc.) Auf dieser Basis werden sie vom ersten Monat an, verpflichtet bis mindestens Sprachniveau B2, in entsprechende, kostenlose, Deutschkurse eingeteilt. Die Fahrtkosten zum nächstgelegenen Schulungsort werden wir übernehmen, auch über das Sprachniveau B2 hinaus.

Antrag 01-ÄA041-K06 (Zeile 1761)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

1761 fortsetzen. Wir wünschen uns, dass der/die Ministerpräsident*in des Landes Hessen die Schirmherrschaft über diese Stiftung übernimmt.

Änderungsanträge zu Antrag K07: Kapitel 7: Wirtschaft und Mobilität: Den sozial-ökologischen Aufbruch fortsetzen (Zeile 1828-2218)

Wirtschaft und Mobilität: Den sozial-ökologischen Aufbruch fortsetzen

Antrag 01-ÄA040-K07 (Zeile 1902-1904)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

- 1902 Zukunftsfähigkeit unternehmerischen Handelns sichtbar zu machen. Landeseigene Betriebe ~~sollen~~
- 1903 sowie Unternehmen auf die das Land als Anteilseigner Einfluss nehmen kann sollten dabei vorangehen und ihre Geschäftspolitik noch stärker nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten ausrichten. Wir wollen eine Plattform „Nachhaltiges Wirtschaften“ etablieren, die sich an

Antrag 01-ÄA184-K07 (Zeile 1947)

Antragsteller/in: LAG Wirtschaft und Finanzen

Status: zugelassen

- 1947 besondere Bedeutung.

- 1948 Raumfahrtstandort Hessen ausbauen und Klimaforschung stärken
Mit dem europäischen Satellitenkontrollzentrum ESOC und dem europäischen Wettersatellitenbetreiber EUMETSAT in Darmstadt gehört Hessen zu den bedeutendsten europäischen Raumfahrtstandorten. Die Weiterentwicklung dieses Standortes wollen wir aktiv begleiten und auf eine bestmögliche Vernetzung der verschiedenen Akteure hinwirken. Neben der Unterstützung für Centrum für Satellitennavigation Hessen (cesah) und das Business Incubation Center der ESA, wollen wir Hessen auch als attraktiven Standort für Satelliten-gestützte Klima- und Umweltforschung etablieren.

Antrag 01-ÄA166-K07 (Zeile 1965)

Antragsteller/in: LAG Frieden, Europa und Internationales

Status: zugelassen

- 1965 vermarkten. Bei digitalen Produkten, Software und wissenschaftlichen Ergebnissen im Auftrag der öffentlichen Hand streben wir freie und offene Standards und Lizenzen an. Wir wollen auch die steuerrechtliche Gemeinnützigkeit von Freifunkinitiativen und

Antrag 01-ÄA222-K07 (Zeile 1966)

Antragsteller/in: LAG Medien und Digitales

Status: zugelassen

- 1966 die Nutzung quelloffener Software für freie Netze in Bürgerhand ~~prüfen~~fördern.

Antrag 01-ÄA242-K07 (Zeile 1978)

Antragsteller/in: Kai Klose (KV Rheingau-Taunus)
Status: zugelassen

1978 auszunutzen und neue Ideen schnell umzusetzen.

1979 Gameswirtschaft

Wir wollen eine signifikante kulturelle und wirtschaftliche Förderung von Games (Computer- und Videospiele) einführen, um den Entwicklungsstandort Hessen zu stärken, die Leistungsfähigkeit seiner Entwicklungs- und Produktionswirtschaft zu erhöhen, eine vielfältige Kulturlandschaft zu gewährleisten und Innovationen zu unterstützen. Wir möchten dazu einen neuen Fördertopf für Games einrichten, der selektiv für die Förderung der Entwicklung (Konzept- und Prototypenförderung), Produktionsförderung sowie die Vertriebsförderung digitaler Spiele eingesetzt wird.

Antrag 01-ÄA167-K07 (Zeile 1990-1992)

Antragsteller/in: LAG Frieden, Europa und Internationales
Status: zugelassen

1990 werden können.

1991 Transparenz zu Vergaben soll gewährleistet werden, indem Daten zu abgeschlossenen Vergabeverfahren einschließlich von Daten zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten als Open Data öffentlich zugänglich sind. Dies ermöglicht nicht nur der Öffentlichkeit, sich ein Bild über die Fortschritte einer nachhaltigen Beschaffungsstrategie zu machen, sondern lässt auch potentielle Lieferanten erkennen, dass Angebote nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen wirtschaftlich attraktiv sind.

Landeseigene Unternehmen sollen mit gutem Beispiel vorangehen und Möglichkeiten zu flexiblen

Antrag 01-ÄA046-K07 (Zeile 1991)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

1991 Landeseigene Unternehmen sowie Unternehmen auf die das Land als Anteilseigner Einfluss nehmen kann sollen mit gutem Beispiel vorangehen und Möglichkeiten zu flexiblen

Antrag 01-ÄA094-KL07 (Zeile 1991)

Antragsteller/in: LAG Säkulare Grüne
Status: zugelassen

1991 In Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft müssen die vollen Arbeitnehmer*innenrechte gewährleistet werden. Das öffentliche Vergaberecht muss entsprechend dem Urteil des EuGH angepasst werden. Kirchliches Arbeitsrecht muss auf den Bereich religiöser Verkündigung beschränkt werden.

Landeseigene Unternehmen sollen mit gutem Beispiel vorangehen und Möglichkeiten zu flexiblen

Antrag 01-ÄA220-K07 (Zeile 2005)

Antragsteller/in: LAG Ländlicher Raum, Verbraucherschutz und Gentechnik
Status: zugelassen

2005 Rechtssicherheit verhelfen. Um das Arbeiten im ländlichen Raum attraktiver zu gestalten wollen wir die

Voraussetzungen für Homeoffice verbessern, Patenschaften für die Vermarktung hessischer Produkte fördern, Orts und Hof nahe Verarbeitungsbetriebe unterstützen und Programme zur Förderung der Existenzgründung durch Frauen auflegen. Als Land Hessen müssen wir mit gutem Beispiel vorangehen, weshalb wir Verwaltungsstellen in den ländlichen Raum verlagern wollen.

Antrag 01-ÄA032-K07 (Zeile 2044)

Antragsteller/in: Heike Habermann (KV Gießen)

Status: zugelassen

2044 Entwicklung sorgen kann. Handelsabkommen, die diese Kriterien nicht erfüllen oder die die Kommunen in ihrer Selbstverwaltung einschränken, lehnen wir ab. Ebenso werden wir einem separat eingerichteten Europäischen Handelsgerichtshof zur Beilegung von Investorenklagen nicht zustimmen.

2045 Die Zusammenarbeit von (Grundlagen-)Forschung und Industrie wollen wir

Antrag 01-ÄA042-K07 (Zeile 2044)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2044 Entwicklung sorgen kann. Handelsabkommen müssen außerdem transparent zustande kommen und jederzeit den Vorrang demokratischer Politik gegenüber der Durchsetzung Partikularinteressen internationaler Konzerne o.ä. wahren. Auch aus diesen Gründen lehnen wir das Mehrstaaten-Dienstleistungsabkommen TiSA und das Kanadisch-Europäische Handelsabkommen (CETA) in ihren aktuellen Formen ab. Die Zusammenarbeit von (Grundlagen-)Forschung und Industrie wollen wir

Antrag 01-ÄA168-K07 (Zeile 2044)

Antragsteller/in: LAG Frieden, Europa und Internationales

Status: zugelassen

2044 Entwicklung sorgen kann. Handelsabkommen müssen außerdem transparent zustande kommen und jederzeit den Vorrang demokratischer Politik gegenüber Partikularinteressen internationaler Konzerne o.ä. wahren. Auch aus diesen Gründen lehnen wir das Mehrstaaten-Dienstleistungsabkommen TiSA und das Kanadisch-Europäische Handelsabkommen (CETA) in ihren aktuellen Formen ab. Die Zusammenarbeit von (Grundlagen-)Forschung und Industrie wollen wir

Antrag 01-ÄA282-K07 (Zeile 2071-2074)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

2071 ~~Seitdem~~ „Seitdem“ wir GRÜNE mitregieren, haben wir ~~einen~~ unseren alle Verkehrsmittel umfassenden (alternativ: übergreifenden) verkehrsmittelübergreifenden Ansatz als Leitlinie festgelegt gewählt und

2072 das Prinzip „Sanierung vor Neubau“ verankert statt Straßeninfrastruktur zulasten des Zustands

2073 vieler bestehender Verkehrswege immer weiter auszubauen.“ Mit dem Mobilitätsfördergesetz stehen

Antrag 01-ÄA305-K07 (Zeile 2077-2079)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

- 2077 Rad- und Fußverkehr. Die Förderung des Radverkehrs ist ~~die schnellste und effektivste Maßnahme~~, eine der schnellsten und effektivsten Maßnahmen,
- 2078 um den Autoverkehr in Städten und Gemeinden zu reduzieren und den Klimaschutz in den Städten zu ~~reduzieren~~ verbessern.. Die neue

Antrag 01-ÄA294-K07 (Zeile 2081)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

- 2081 ~~Angebote weiter auszubauen~~ Angebote weiter auszubauen. Wir wollen den Kommunen Beratungsmöglichkeiten bis zur planerischen Unterstützung anbieten. Wir fördern außerdem mehr Klimafreundlichkeit der Nahverkehrsmittel

Antrag 01-ÄA207-K07 (Zeile 2083-2086)

Antragsteller/in: Kreisverband Darmstadt

Status: zugelassen

- 2083 Schieneninfrastruktur in Hessen voran: Um die Kapazität des belasteten S-Bahn-Netzes im Rhein--
- 2084 Main-Gebiet zu steigern, sorgen wir für den Bau der nordmainischen S-Bahn, den Ausbau nach Bad
- 2085 Vilbel bzw. Friedberg ~~und~~, die Regionaltangente West, sowie den zweigleisigen Lückenschluss der S-Bahn nach Darmstadt.
. Mit der Reaktivierung der Kurhessenbahn

Antrag 01-ÄA284-K07 (Zeile 2087)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

- 2087 im ländlichen Raum geschaffen. Die Einführung des landesweit gültigen Schülertickets für 365 Euro im Jahr für alle

Antrag 01-ÄA208-K07 (Zeile 2098)

Antragsteller/in: Kreisverband Darmstadt

Status: zugelassen

- 2098 unterschiedlichen Verkehrsmittel zur Verfügung stellt Wir fördern Versuche zu Ridesharing-Diensten sowie autonomen Bussystemen. Dabei sorgen wir perspektivisch für landes- bzw. bundesweite Regelungen zu Aufgabenträgerschaft, Beförderungspflicht und Flächenabdeckung solcher Systeme, die aktuell bestehende Regelungen des ÖPNV nicht abdecken. Auch kleineren Anbietern innovativer

Antrag 01-ÄA295-K07 (Zeile 2107)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

- 2107 als auch im ländlichen Raum - als Rückgrat der Mobilität weiter ausgebaut werden. Inbesondere im ländlichen Raum sollte die Anzahl der Verbindungen besonders am Wochenende verdichtet werden um die

Attraktivität zu steigern. Dafür ist es

Antrag 01-ÄA301-K07 (Zeile 2113-2115)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

2113 Busverbindungen als Überbrückungsangebot verstärkt werden.

2114 In den Städten wird die Umstellung hochbelasteter Buslinien auf den attraktiveren Straßenbahnbetrieb unterstützt, was sich z.B. In Kassel bereits bewährt hat.

Mit der Reaktivierung potentialstarker Schienenstrecken wie der Lumda-, der Horloff- oder der

Antrag 01-ÄA300-K07 (Zeile 2115)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

2115 Aartalbahn -so wie der Herkulesbahn für touristische Zwecke- wollen wir die Mobilität auch im ländlichen Raum verbessern, wenn die betroffenen

Antrag 01-ÄA298-K07 (Zeile 2116-2118)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

2116 Kommunen mitziehen. ~~Bei Schienenreaktivierungen besteht besonderes Potenzial für den Einsatz~~

2117 ~~autonomer Schienenfahrzeuge.~~ Die Elektrifizierung von Bahnstrecken wollen wir insbesondere dort

Antrag 01-ÄA210-K07 (Zeile 2118-2120)

Antragsteller/in: Kreisverband Darmstadt

Status: zugelassen

2118 vorantreiben, wo sie eine Lücke zwischen elektrifizierten Netzen schließen.

2119 Eine Systematische Untersuchung der Verkehre in den Ballungsräumen Hessens soll durchgeführt werden um ein Stadtbahn/Bussystem städteübergreifend zu installieren

Möglichst viel Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern, bleibt ein wichtiges Ziel. Mit dem

Antrag 01-ÄA286-K07 (Zeile 2125)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

2125 ausgelegt und der mobilitätsgerechte, fahrgastfreundliche Ausbau ~~aller Bahnstationen~~ aller Bahnstationen rasch vorangetrieben werden.

Antrag 01-ÄA292-K07 (Zeile 2132)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

2132 deshalb Bürgerbusse, ~~Mitfahrbänke~~, Kombibusse, Bürgerradwege und ähnliche innovative Ideen

Antrag 01-ÄA233-K07 (Zeile 2135)

Antragsteller/in: LAG Ländlicher Raum, Verbraucherschutz und Gentechnik
Status: zugelassen

2135 die Richtung auf Zu klimafreundlichem Verkehr im ländlichen Raum als Verbindung in die Ballungsräume gehören auch schlüssige park&ride-Systeme. Die stetig wachsende Zahl an Bürgerbussen müssen wir künftig mit dem Linientakt des ÖPNV verknüpfen um vorhandene Lücken zu schließen und Bahnhöfe in ländlichen Regionen, die in der Vergangenheit lange vernachlässigt wurden, müssen erhalten, saniert und barrierefrei ausgebaut werden. Wir setzen uns für mehr kommunale Freiheit bei der Umsetzung der

Antrag 01-ÄA296-K07 (Zeile 2136)

Antragsteller/in: LAG Mobilität
Status: zugelassen

2136 Straßenverkehrsordnung ein und schaffen die Möglichkeit, dass bei Neu- oder Umbau von Straßen die Sicherheit, Barrierefreiheit und ungehinderte Mobilität von Kindern, Fußgehern, Radfahrer_Innen und Nutzer_Innen des ÖPNV Priorität genießen vor den Geschwindigkeitsansprüchen des Autoverkehrs. An Verkehrsschauen sind künftig verpflichtend die Verbände des Fuß- und Radverkehrs zu beteiligen. Bei Uneinigkeit in Sicherheitsfragen bei Verkehrsschauen werden Verkehrssicherheitsaudits durchgeführt. Das Land soll für seine Standorte ein verkehrsträgerübergreifendes

Antrag 01-ÄA089-K07 (Zeile 2151)

Antragsteller/in: Wolfgang Seifried (KV Main-Kinzig)
Status: zugelassen

2151 Fahrstreifen erhöht und es entsteht weniger Lärm. Geltende Geschwindigkeitsbeschränkungen wollen wir durchsetzen. Geschwindigkeitskontrollen werden deshalb konsequent durchgeführt und durch die Polizeibehörden nicht mehr öffentlich angekündigt, denn die Limits sollen immer eingehalten werden - nicht nur im Bewusstsein von stattfindenden Messungen. Wir arbeiten weiter dafür, dass die Kommunen

Antrag 01-ÄA185-K07 (Zeile 2151-2153)

Antragsteller/in: Kreisverband Wetterau
Status: zugelassen

2151 Fahrstreifen erhöht und es entsteht weniger Lärm. ~~Wir arbeiten weiter dafür, dass die Kommunen~~
2152 ~~innerorts selbst entscheiden können, wo sie Tempo~~
Vom Verkehr verursachter Lärm, Erschütterungen und sonstige Emissionen werden gesetzlich den von anderen Emittenten verursachten Beeinträchtigungen (z.B. Gewerbe, Musikveranstaltungen etc.) gleichgestellt. Dieses gilt ausdrücklich auch für vorhandene Verkehrseinrichtungen (Straßen, Bahnlinien etc.). Rückbau und/oder Schutzmaßnahmen sind Neubaumaßnahmen vorzuziehen. Prioritär sind Maßnahmen entlang von stark befahrenen Verkehrswegen mit zahllosen betroffenen Anliegern (Haupteinfall- und Durchgangsstraßen der Städte und Dörfer, Bahnlinien z.B. am Mittelrheintal und Kinzigtal) vorzusehen. Die erlaubte Höchstgeschwindigkeit wird innerörtlich herabgesetzt auf max. 30 ~~oder Spielstraßen anordnen~~ km/h. Dies gilt ausdrücklich nachts und für LKWs (in der Schweiz gilt nachts ein LKW-Fahrverbot, Präsident Macron hatte im Januar für Landstraßen in Frankreich Tempo 80 eingeführt, statt wie bisher Tempo 90). Analog zu den Geschwindigkeitsbeschränkungen im Straßenverkehr sind diese auch im Schienenverkehr auf Erschütterungsstrecken nachts einzuhalten.

Antrag 01-ÄA127-K07 (Zeile 2152)

Antragsteller/in: Marion Michel (KV Main-Taunus · Nr. 10701500)

Status: zugelassen

2152 innerorts selbst entscheiden können, wo sie Tempo 30 oder Spielstraßen anordnen. Wir machen uns auf Bundesebene stark für die Änderung der Regelgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften auf Tempo 30 zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren.

Antrag 01-ÄA160-K07 (Zeile 2152)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH

Status: zugelassen

2152 innerorts selbst entscheiden können, wo sie Tempo 30 oder Spielstraßen anordnen. Damit die Kleinsten sicher sind und der Platzmangel in Innenstädten nicht weiter verstärkt wird, prüfen wir die Möglichkeit für Kommunen ein SUV-Verbot in Innenstädten einzuführen.

Antrag 01-ÄA090-K07 (Zeile 2157)

Antragsteller/in: Wolfgang Seifried (KV Main-Kinzig)

Status: zugelassen

2157 Deshalb wollen wir, dass künftig ~~zehn~~wanzig Prozent des Landesstraßenbauetats für den Radwegebau

Antrag 01-ÄA006-K07 (Zeile 2158-2166)

Antragsteller/in: Wolfgang Seifried (KV Main-Kinzig)

Status: zugelassen

2158 bereitstehen. Außerorts sollen vorrangig bestehende Feldwege zu Radwegen ausgebaut werden. Wo dies nicht möglich ist, werden Radwege an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen ~~sollen~~ weiter ausgebaut ~~werden,~~
2159 Radschnellwege und Raddirektverbindungen gewinnen auch aufgrund der sich durchsetzenden E-
2160 Mobilität im Zweiradbereich an Bedeutung. Wir wollen deshalb landesseitig die Voraussetzungen
2161 schaffen, damit Planung und Bau kreisübergreifender Radwege besser vorangebracht werden können,
2162 z.B. durch die Aufnahme von Radschnellwegen in das Hessische Straßengesetz. Wir wollen ein Netz
2163 schneller Radwegeverbindungen, das die Ober- und Mittelzentren der hessischen Regionen
2164 miteinander verbindet, das bestehende Radfernwegenetz ergänzt ~~und sich möglichst an bereits-~~
2165 ~~bestehenden Straßen orientiert.~~ Hochwertige Fahr- und Elektrofahrräder stellen auch neue

Antrag 01-ÄA105-K07 (Zeile 2160)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau

Status: zugelassen

2160 Mobilität im Zweiradbereich an Bedeutung. Kommunen werden beim Aus- und Umbau und der qualitativen Ertüchtigung von Radwegen finanziell unterstützt. Wir wollen deshalb landesseitig die Voraussetzungen

Antrag 01-ÄA297-K07 (Zeile 2162)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

2162 z.B. durch die Aufnahme von Radschnellwegen in das Hessische Straßengesetz. Hessen Mobil oder eine geeignetere Stelle soll bei jedem Projekt zusammen mit den jeweiligen Kommunen prüfen ob durch neue Radverkehrsanlagen das Radwegenetz verbessert werden kann. Die Mitarbeiter sollten durch geförderte Schulungen hierzu motiviert werden. Wir wollen ein Netz

Antrag 01-ÄA093-K07 (Zeile 2165)

Antragsteller/in: Manfred Cuntz (KV Main-Kinzig · Nr. 10701400)

Status: zugelassen

2165 bestehenden Straßen orientiert. Wir wollen uns außerorts für eine Öffnungsmöglichkeit von Radwegen auch für S-Pedelecs und Elektroroller mit einer Höchstgeschwindigkeit von 45km/h einsetzen. Insbesondere dort wo es keine für diese Fahrzeuge befahrbare Straße als Alternative gibt. Hochwertige Fahr- und Elektrofahrräder stellen auch neue

Antrag 01-ÄA299-K07 (Zeile 2170-2172)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

2170 des Landes eine Entgeltumwandlung für ein Dienstradleasing in Anspruch nehmen können. ~~Die-~~

2171 Der Service Radroutenplaner-Hessen und die Meldeplattform-Radverkehr sollen verschmolzen undweiterentwickelt werden. Die Vielfalt der Themen rund um die Stärkung des Verkehrsmittels Fahrrad verlangt eine

Antrag 01-ÄA07-K07 (Zeile 2179)

Antragsteller/in: Tilmann Böß (KV Main-Kinzig)

Status: zugelassen

2179 gegen Wohnungseinbruch gestartet werden. Der Ausbau einer Radverkehrsinfrastruktur benötigt Zeit und ist nicht überall möglich. Um auch im gemischtem Verkehr die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl von Radfahrer*innen zu erhöhen, wollen wir die gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr durch Öffentlichkeitskampagnen fördern. Wir wollen erreichen, das alle Verkehrsteilnehmer*innen sich gegenseitig als gleichberechtigt sehen und nicht nur als Hindernisse, die das eigene Fortkommen behindern. Eigene Rücksichtslosigkeit und Vorteilsnahme vergiftet letztendlich die eigene Wahrnehmung und führt dazu, auch von anderen Verkehrsteilnehmer*innen nur egoistisches Verhalten zu erwarten und damit das eigene Verhalten zu rechtfertigen. Als flankierende Maßnahmen wollen wir die Verkehrsüberwachung personell stärken, um Verstöße gegen §1 der StVO (gegenseitige Rücksichtnahme) häufiger zu ahnden.

Antrag 01-ÄA304-K07 (Zeile 2183)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

2183 auch weiterhin die finanzielle Förderung erforderlich. Nur mit uns wird es das 365-Euro- Ticket auch für weitere Bevölkerungsgruppen geben.

Antrag 01-ÄA237-K07 (Zeile 2185-2195)

Antragsteller/in: Tarek AL-Wazir (KV Offenbach-Stadt)

Status: zugelassen

- 2185 Durch ~~die geschaffenen~~ Flatrate-Tickets wie das Schülerticket, das Semesterticket Hessen oder das
- 2186 Jobticket für Landesbedienstete wurde die Nutzung von Bus und Bahn deutlich attraktiver. Flatrate-Tickets sind
- 2187 attraktive Alternativen zum individuellen Fahrzeug mit all seinen Haltungskosten und schädlichen Auswirkungen auf Umwelt und Natur. Je attraktiver diese Angebote sind, desto mehr Menschen werden diese in Anspruch nehmen und auf diese Weise zur Finanzierung beitragen. Gleichzeitig leistet eine stärkere Inanspruchnahme des ÖPNV einen Beitrag dazu, die Verkehrsbelastung und damit die Staugefahr auf hessischen Straßen zu reduzieren. Deshalb
- 2188 ~~wollen wir weitere Flatrate-Tickets prüfen~~ wollen wir die Einführung weiterer Flatrate-Tickets vorantreiben. Hier bietet sich zunächst insbesondere die Gruppe der
- 2189 Senior*innen an, die ~~auf gute Mobilität angewiesen ist~~ ein hohes Mobilitätsbedürfnis hat und deshalb am relativ Stärksten den Pkw
- 2190 nutzt. Ein hessenweites Seniorenticket kann die nötige Flexibilität und auch Mobilität
- 2191 schaffen, wie bereits bestehende lokale Angebote ivon NVV und RMV, RMV und VRN zeigen. ~~Langfristig wollen wir~~ Darauf werden wir aufbauen und in der kommenden Legislaturperiode den hessischen Senior*innen ein vergleichbares Angebot zum Schülerticket in ganz Hessen ermöglichen. Um Überschneidungen mit dem Schüler- und Berufsverkehr zu vermeiden, soll dieses Angebot außerhalb der Spitzenzeiten (z. B. ab 9 Uhr morgens) gelten. Zudem wollen wir in der kommenden Legislaturperiode die Grundlage dafür legen, möglichst bald
- 2192 ein Bürgerticket als Jahreskarte für ganz Hessen zu bezahlbaren Preisen für alle ~~anbieten. Auch das~~
- 2193 ~~Einzelticket muss durch digitale Tickets mit einfachen, entfernungsabhängigen Preismodellen~~
- 2194 anzubieten. Wie auch bereits beim Schülerticket Hessen wollen wir diese Angebote allen ermöglichen, aber nicht allen verordnen. Um das Angebot dennoch preislich möglichst attraktiv ~~sein~~gestalten zu können, werden wir stattdessen prüfen, inwiefern eine finanzielle Beteiligung von indirekten Nutzern möglich ist, denen durch ein solches Angebot wirtschaftliche Vorteile entstehen (z. B. Arbeitgeber und Gewerbe). Auch das Einzelticket muss durch digitale Tickets mit einfachen, entfernungsabhängigen Preismodellen attraktiver werden. Die preisliche Attraktivität des ÖPNV ist aber nur eine Seite der Medaille. Ebenso wichtig ist für die Nutzer*innen die Qualität, Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit des Angebots. Diesbezüglich wurde in der vergangenen Legislaturperiode beispielsweise durch Reaktivierungen von Schienenstrecken, Taktverdichtungen, Nachtzüge am Wochenende im RMV und den endlich wieder vorangebrachten Ausbau der Schieneninfrastruktur bereits viel erreicht. Darauf werden wir uns nicht ausruhen, sondern weiter in die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs investieren.

Antrag 01-ÄA303-K07 (Zeile 2188-2192)

Antragsteller/in: Christian Schmidt (Nr. 20700000, 10701600)

Status: zugelassen

- 2188 wollen wir weitere Flatrate-Tickets prüfen. Hier bieteten sich insbesondere die Gruppe der
- 2189 ~~Senior*innen~~ Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen sowie Menschen mit geringem Einkommen an, die ~~auf gute Mobilität angewiesen ist und deshalb am relativ Stärksten den Pkw~~
- 2190 ~~nutzt. Ein hessenweites Seniorenticket kann die nötige Flexibilität und~~ teilweise durch Transferleistungen aufstocken müssen. Mobilität bedeutet auch ~~Mobilität~~ immer Teilhabe. Ein hessenweites Sozialticket kann diese Teilhabe schaffen
- 2191 ~~,wie bereits bestehende lokale Angebote in NVV und RMV zeigen.~~ Langfristig wollen wir

Antrag 01-ÄA143-K07 (Zeile 2189)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Stadt
Status: zugelassen

2189 Senior*innen an, die auf gute Mobilität angewiesen ist und ~~deshalb~~ am relativ Stärksten den Pkw

Antrag 01-ÄA148-K07 (Zeile 2196)

Antragsteller/in: Kreisverband Kassel-Stadt
Status: zugelassen

2196 Die Evaluierung des Airport Kassel war richtig und wichtig. Mit ihr haben wir Grüne erstmalig eine transparente und umfassende Datengrundlage geschaffen, die die Kosten des Betriebs für das Land Hessen und der anderen Anteilseigner abbildet. Die Prognosen haben ergeben, dass der Flughafen die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reduzierung des Defizits einhalten kann, falls sich die neusten positiven Entwicklungen weiter fortführen. Um sicherzustellen, dass die Defizitreduzierung eingehalten wird, wollen wir Grüne diese Entwicklungen im Sinne der Steuerzahler*innen weiterhin kritisch begleiten. Der Flughafen Frankfurt hat eine große wirtschaftliche Bedeutung weit über das Rhein-Main-

Antrag 01-ÄA047-K07 (Zeile 2205-2209)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

2205 gegengesteuert. Wir ~~streben weiterhin eine Verlängerung der Ruhezeit auf die gesamte Nacht an~~
2206 halten an dem Ziel fest, mit einem Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr und eine entsprechende
~~Veränderung des Fluglärmsgesetzes des Bundes an~~
2207 ~~und setzen~~ für weitere Entlastungen der Anwohnerinnen und Anwohnern zu sorgen. Das Fluglärmsgesetz muss
auf Bundesebene entsprechend geändert werden. Zudem setzen wir uns für ein bundesweites
Luftverkehrskonzept ein, das den Schutz der Anwohner*innen-Anwohnerinnen und Anwohner
2208 vor Fluglärm bei allen Fragen des Luftverkehrs berücksichtigt. Wir unterstützen alle Maßnahmen

Antrag 01-ÄA106-K07 (Zeile 2205)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

2205 gegengesteuert. Die Überprüfung der Ausnahmeregelungen für Landungen (derzeit 23 bis 24 Uhr) wird vereinfacht, um die Durchsetzbarkeit von Sanktionen zu stärken. Wir streben weiterhin eine Verlängerung der Ruhezeit auf die gesamte Nacht an

Antrag 01-ÄA043-K07 (Zeile 2208)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

2208 vor Fluglärm bei allen Fragen des Luftverkehrs berücksichtigt. Wiederholte Verstöße gegen das Nachtflugverbot sind konsequent zu ahnden. Wir unterstützen alle Maßnahmen

Antrag 01-ÄA044-K07 (Zeile 2214)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2214 untersucht.

2215 Die Fraport AG trägt dabei eine besondere ökologische und soziale Verantwortung. Neben der strengen Einhaltung des Nachtflugverbots und dem Ausbau der Lärmschutzmaßnahmen ist es von zentraler Bedeutung, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern und das hohe Maß an Sicherheit für die vielen Passagiere am Flughafen zu erhalten. Eine entsprechende Anpassung der Flughafenentgelte kann dabei den notwendigen finanziellen Spielraum schaffen.

Antrag 01-ÄA107-K07 (Zeile 2214)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau

Status: zugelassen

2214 untersucht. Die Ergebnisse der „NORAH-Studie“ wollen wir erneut diskutieren, anhand der neuesten Daten aktualisieren und in Handlungsoptionen umsetzen. Zusätzlich ist eine gründliche Beschäftigung mit der Ultrafeinstaubbelastung rund um den Flughafen notwendig. Wir wenden uns gegen Startverfahren, z.B. Flachstarts, die die Bevölkerung im direkten Umfeld des Flughafens über die Maße belasten.

Antrag 01-ÄA291-K07 (Zeile 2218)

Antragsteller/in: LAG Mobilität

Status: zugelassen

2218 Flugzeugtreibstoffe endlich ebenfalls Mineralölsteuer erhoben wird. Zusätzlich ist nicht nur das Schienen-Güterverkehrsnetz, sondern gleichzeitig das Schienen-Personenfernverkehrsnetz (Schnellfahrnetz) in D und den Anrainer-Staaten auszubauen, um Flüge unter 1.500 km Entfernung überflüssig zu machen. Sehr wichtig hierbei sind nächtliche Hotelzüge mit Schlaf- u. Liegewagen, für Dienst-als auch Privat-Reisen.

2219 Verkehrsplanung: Grundlage einer intelligenten Verkehrsstruktur ist die integrierte Verkehrsplanung. Denn gerade im Ballungsraum überschreiten die meisten Wege die Grenzen von Kommunen und Kreisen. Die Wahl eines Verkehrsmittels hängt nicht nur von dessen Preis, sondern auch von Kosten und Nutzen konkurrierender Mobilität ab. Deshalb sollte das Grundprinzip der Verkehrsplanung die Kostenwahrheit sein. Wenn wir einerseits mehr Planungskompetenz dem Regionalverband und dem Land zuordnen, andererseits mit einer kommunalen Verkehrskostenrechnung - gemäß dem vom Bundesverkehrsministerium geförderten Modell der Uni Kassel - eine effiziente Aufteilung der Verkehrsflächen bewirken, wird uns, wie schon in europäischen Regionen realisiert, eine durchgreifende Verkehrswende gelingen. Dann sind wir schneller, billiger und klimaschonender unterwegs.

Änderungsanträge zu Antrag K08: Kapitel 8: Hessen im Herzen Europas (Zeile 2219-2269)

Hessen im Herzen Europas

Antrag 01-ÄA169-K08 (Zeile 2219)

Antragsteller/in: LAG Frieden, Europa und Internationales
Status: zugelassen

2219 **Hessen im Herzen Europas und der Welt verbunden**

Antrag 01-ÄA170-K08 (Zeile 2221-2228)

Antragsteller/in: LAG Frieden, Europa und Internationales
Status: zugelassen

- 2221 weitergeht. Nur zusammen können wir grenzüberschreitende ~~Probleme lösen und Frieden sichern,~~
- 2222 Herausforderungen, allen voran die Klimakrise ~~und den Terrorismus, aber auch~~, bewältigen, sowie den Frieden und die Sicherheit der Menschen gewährleisten. Auch müssen wir gemeinsam handeln um ~~Steuervermeidung;~~ und Arbeitslosigkeit
- 2223 ~~und zu bekämpfen sowie~~ verbraucherfreundliche Impulse für den gemeinsamen Binnenmarkt. ~~Nur zusammen können wir~~
- 2224 zu geben. Nur zusammen können wir Globalisierung gerecht ~~machgestalten~~, eine ökologisch moderne und nachhaltige Wirtschaft fördern und damit zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen ~~und Frieden sichern.~~
- 2225 Die Europäische Union ist eine große Errungenschaft für den Frieden. Aus einst verfeindeten
- 2226 Staaten hat sie Freunde und Partner gemacht. Vor allem für die junge Generation ist
- 2227 europäisches Miteinander Alltag. Dieses Lebenswerte Europa ist uns jede Mühe wert. Deshalb soll auf unsere

Antrag 01-ÄA141-K08 (Zeile 2222-2224)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

- 2222 allen voran die Klimakrise und den ~~Terrorismus, aber auch Steuervermeidung,~~ Arbeitslosigkeit-
- 2223 , aber auch Steuervermeidung, Terrorismus und verbraucherfreundliche Impulse für den gemeinsamen Binnenmarkt. Nur zusammen können wir

Antrag 01-ÄA108-K08 (Zeile 2224)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

- 2224 Globalisierung gerecht machen, eine ökologisch nachhaltig moderne Wirtschaft schaffen und Frieden sichern.

Antrag 01-ÄA177-K08 (Zeile 2236-2245)

Antragsteller/in: LAG Frieden, Europa und Internationales
Status: zugelassen

- 2236 Maße europäisch geprägt und profitieren besonders von der Europäischen Einigung.
- 2237 ~~Derzeit befindet sich die Europäische Union in einer Krise: Die europäische Solidarität~~
- 2238 ~~(Stichwort Geflüchtetenaufnahme) lässt zu wünschen übrig, die europäische Wirtschaftskrise hält~~
- 2239 ~~an. In etlichen Mitgliedstaaten werden rückwärtsgewandte, nationalistische Töne immer lauter.~~
- 2240 ~~Mit dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union dreht sich das Rad der Integration~~
- 2241 ~~erstmalig in der Geschichte der EU nicht vorwärts, sondern zurück. Für viele war das im Umbruch. Das~~ Brexit--
- 2242 ~~Referendum und die Wahl von US-Präsident Donald Trump aber Weckruf und Warnsignal zugleich.~~
- 2243 ~~Überall zeigen Europäer*innen, dass sie den europäischen Weg unterstützen: In Frankreich, den~~
- 2244 , die immer lauter werdenden nationalistischen Töne und die fehlende europäischen Solidarität etwa mit Blick auf die Geflüchtetenaufnahme, haben zu einer Gegenbewegung vieler leidenschaftlicher Europäerinnen und Europäer geführt, die bereit sind, sich mit viel Kraft und Überzeugung für Europa einzusetzen: In Frankreich, den Niederlanden und Österreich haben viele die Pro-Europäer Emmanuel Macron, Jesse Klaver und

Antrag 01-ÄA150-K08 (Zeile 2262)

Antragsteller/in: Kreisverband Kassel-Stadt
Status: zugelassen

- 2262 Zum 18. Geburtstag erhält jede/r hessische Bürger*in ein Europaticket der Deutschen Bahn (Interrailticket) zur dreiwöchigen Nutzung in Nahverkehrszügen innerhalb der Europäischen Union. Wir erkennen das große Potential internationaler Städtepartnerschaften an und wollen sie

Änderungsanträge zu Antrag K09: Kapitel 9: Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gerechte Teilhabechancen, lebenswerten Wohnraum und die vielfältige Gesellschaft (Zeile 2270-2612)

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gerechte Teilhabechancen, lebenswerten Wohnraum und die vielfältige Gesellschaft

Antrag 01-ÄA084-K09 (Zeile 2308)

Antragsteller/in: LAG ChristInnen
Status: zugelassen

2308 bleibt weiter eine Menge zu tun.

2309 Verhältnis von Staat und Religion

Für gelingende Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt bieten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften den Menschen gerade in Zeiten der Veränderung Orientierung und bereichern das gesellschaftliche Leben. Unabdingbare Voraussetzungen dafür sind die Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch den Staat, die Trennung von Staat und Religion sowie die Achtung und Schutz der positiven wie auch der negativen Religionsfreiheit, wie sie im Grundgesetz und in der Hessischen Verfassung garantiert werden.“

Antrag 01-ÄA142-K09 (Zeile 2333-2335)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

2333 Sozialberichterstattung, die für wichtiges Grundlagenwissen sorgt.

2334 Wie bereits die Koalition in Schleswig-Holstein wollen auch wir in Hessen die Einführung einer Modellregion für ein bedingungsloses Grundeinkommen prüfen. Die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt und wir müssen neue Wege gehen, um die Freiheit, Teilhabe und Würde aller Mitglieder der Gesellschaft zu sichern.
Um die Teilhabemöglichkeiten auch von Menschen mit geringerem Einkommen zu verbessern, wollen

Antrag 01-ÄA145-K09 (Zeile 2335)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Stadt
Status: zugelassen

2335 wir den Hessen-Pass einführen und so vergünstigte Fahrpreise sowie vergünstigte Eintritte in Freizeit-, Kultur- Bildungs- und

Antrag 01-ÄA265-K09 (Zeile 2353)

Antragsteller/in: Markus Drenger (KV Darmstadt · Nr. 10700200)

Status: zugelassen

2353 der Antidiskriminierungsstelle verankern. Wir wollen das Prüfungsrecht des Landesbeauftragten für Datenschutz ausbauen und eine Antidiskriminierungsprüfung für Scoringverfahren und Algorithmen schaffen.

Antrag 01-ÄA189-K09 (Zeile 2364)

Antragsteller/in: LAG Inklusion und Behindertenpolitik
Status: zugelassen

2364 Taubblinde, unterstützen wir zielgerichtet. Um Menschen mit besonderem Förderbedarf zu unterstützen, prüfen wir, ob es nach der Einführung der personenzentrierten Teilhaberberatung nach dem Bundesteilhabegesetz erforderlich wird, neben dem Landesblindengeld weitere Unterstützungsleistungen einzuführen. Wir beenden die Wahlrechtsausschlüsse behinderter

Antrag 01-ÄA193-K09 (Zeile 2374)

Antragsteller/in: LAG Inklusion und Behindertenpolitik
Status: zugelassen

2374 den Umgang mit Menschen mit Behinderung sensibilisiert werden. Im Rundfunkrat fordern wir eine Vertretung der „zivilgesellschaftlichen Kräfte“ im Sinne der UN-BRK.

Antrag 01-ÄA144-K09 (Zeile 2377-2384)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

2377 der zu uns Eingewanderten oder Geflüchteten täglich respektvoll und konfliktfrei. ~~Die~~
2378 ~~wichtigsten Voraussetzungen für~~ Für ein gleichberechtigtes Leben in Deutschland gutes Zusammenleben sind
die ~~gemeinsame-~~
2379 ~~sprachliche Verständigung und die gemeinsame Wertebasis, die in~~ wichtigsten Grundzutaten gegenseitiger
Respekt, die Anerkennung von Unterschiedlichkeiten und die Suche nach Gemeinsamkeiten. Mit dem Erlernen
der deutschen Sprache und der Vermittlung der Werte unserer Verfassung ~~niedergelegt-~~
2380 ~~ist. Wer sich innerhalb dieses Rahmens bewegt, erfährt Unterstützung. Wer sich angenommen und~~
2381 ~~zugehörig fühlt, ist bereit, sich für die Gemeinschaft zu engagieren und Verantwortung zu~~
2382 ~~übernehmen.~~
2383 unterstützen und ermöglichen wir dies.
Im ersten Hessischen Integrationsplan beschreiben wir die Handlungsfelder der

Antrag 01-ÄA083-K09 (Zeile 2387-2390)

Antragsteller/in: LAG Migration, Flucht und Integration
Status: zugelassen

2387 Integrationskonferenz auf, um die Arbeit noch effektiver zu gestalten.
2388 Dabei sollen Geflüchtete und Migrant*innen verstärkt mit einbezogen werden.
Mit einem Förderprogramm ~~„Deutsch für alle“ wollen wir auch den Migrant*innen, die bereits-~~
2389 „Deutsch für alle“ wollen wir auch Geflüchteten und Migrant*innen, die schon länger hier leben, und sich
keinen Sprachkurs leisten können, Teilhabe ermöglichen. Die

Antrag 01-ÄA149-K09 (Zeile 2388)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

2388 Zur Verbesserung der Bedingungen von Integration gehören für uns Angebote zur Traumaverarbeitung, kleine Integrationsklassen und eine schnelle Anerkennung bisher erworbener Bildungsabschlüsse und der Zugang zu Bildungseinrichtungen bis zum 25. Lebensjahr. Mit einem Förderprogramm „Deutsch für alle“ wollen wir auch den Migrant*innen, die bereits

Antrag 01-ÄA159-K09 (Zeile 2415)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

2415 langfristige Strukturen aufzubauen und an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken. Zur Integration auf Augenhöhe gehört auch die Möglichkeit, mitbestimmen zu können - deswegen setzen wir uns für die Ausweitung des Wahlrechts auch für nicht EU-Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler und Landesebene ein.
Wir

Antrag 01-ÄA109-K09 (Zeile 2426)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

2426 das landesweite Netzwerk LSBT*!queernet und die SCHLAU-Projekte, stärken. Für Jugendliche im ländlichen

Antrag 01-ÄA111-K09 (Zeile 2432-2439)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

2432 LSBT*!LSBTIQ*-sensible Aus- und Weiterbildung aller Landesbediensteten wie im Aktionsplan
2433 festgeschrieben fortsetzen. Damit sich jedes Kind gleichermaßen wertgeschätzt und angenommen
2434 fühlt, sorgen wir dafür, dass der reformierte Lehrplan Sexualerziehung behutsam und
2435 altersgerecht umgesetzt wird. An landeseigenen Gebäuden mit Beflaggungsmöglichkeit wird
2436 anlässlich lokaler oder regionaler Christopher Street Days die Regenbogenfahne gehisst. Wir
2437 streben die Einrichtung eines Regenbogenfamilienzentrums als Beratungsstelle zum Thema an. Die
2438 Angebote für LSBT*!LSBTIQ* im Seniorenalter sollen ausgebaut, die Sensibilität für ihre spezifischen

Antrag 01-ÄA110-K09 (Zeile 2441)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

2441 Schutzräume für diese besonders gefährdete Gruppe einsetzen. Wir initiieren eine Bundesinitiative, für die konsequente Anwendung des Merkmals LSBTIQ* als Schutzgrund für Asylsuchende. Bundespolitisch fordern wir die

Antrag 01-ÄA81-K09 (Zeile 2452)

Antragsteller/in: LAG ChristInnen, LAG Die Grünen Alten
Status: zugelassen

2452 flächendeckende kommunale Jugendparlamente stellen.

2453 **Gutes Leben im Alter**

Um die Belange alter Menschen besser zu vertreten, wollen wir auch für die älteren Generationen einen Altencheck einführen. Es sollen die Auswirkungen der entsprechenden Landesgesetze auf jene vier miteinander verschränkten Lebensbereiche in den Blick genommen werden, wie sie in unserer Bundespartei formuliert wurden: 1. Altern-gut abgesichert; 2. Altern-bei möglichst guter Gesundheit; 3. Altern-selbstbestimmt und mobil; 4. Altern-beruflich und sozial aktiv

Antrag 01-ÄA231-K09 (Zeile 2455-2460)

Antragsteller/in: LAG Ländlicher Raum, Verbraucherschutz und Gentechnik

Status: zugelassen

2455 ~~Während in~~ In den Ballungsräumen ist der Wohnraum knapp und teuer ~~ist und es an erschlossenen Flächen für~~
2456 ~~neue Wohnungen, darüber hinaus~~ fehlt, ~~führen die Ausdünnung der Infrastruktur, der Mangel an Arbeitsplätzen~~
~~und~~
2457 ~~die oft schlechte ÖPNV-Anbindung gemeinsam mit der demografischen Entwicklung in vielen~~
2458 ~~ländlichen Räumen zu Leerstand~~ es an erschlossenen Flächen für neue Wohnungen. Wir wollen ländliche
Räume und Mobilität gemeinsam entwickeln
2459 und durch abgestimmte Förderung voranbringen. Im ländlichen Raum muss der vorhandene Wohnraum den
Anforderungen der Zukunft angepasst werden. Die Nachfrage nach altersgerechtem und barrierefreien
Wohnraum steigt. Gleichzeitig sollen die Ortskerne auch für junge Familien mit Kindern attraktiv bleiben. Wir
haben die Fehlentwicklungen der hessischen

Antrag 01-ÄA48-K09 (Zeile 2467)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2467 Überhitzung des Wohnungsmarktes entgegen. Wir werden uns im Bundesrat für die Schärfung des
Mietwucherparagraphen einsetzen und damit den Gemeinden ein wirksames Kontrollinstrument in die Hand
geben. Der Masterplan Wohnen der Landesregierung sorgt

Antrag 01-ÄA049-K09 (Zeile 2473)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2473 Dorfentwicklung wurden erheblich aufgestockt und die Baulandoffensive gegründet. Wir wollen
Landesliegenschaften auch an neue gemeinnützige Träger der Wohnungsversorgung unter dem Verkehrswert,
orientiert am Konzept der künftigen Nutzer, vergeben; hierbei wollen wir das bewährte Instrument des
Erbbaurechts stärken. Bundesgrundstücke wollen wir in ähnlicher Weise für bezahlbaren Wohnraum
verwendet wissen und uns im Bundesrat dafür stark machen. Auch mit den Kirchen, die umfangreichen
Grundbesitz haben, wollen wir über ähnliche Verfahren zur Grundstücksnutzung sprechen. So sorgen wir

Antrag 01-ÄA050-K09 (Zeile 2474)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2474 dafür, dass mehr und schneller gebaut wird. Dieser Kurs muss fortgesetzt werden.

2475 Wir setzen uns für eine reine Bodenwertsteuer ein; sie ist mit überschaubarem Aufwand für Finanz- und Kommunalverwaltungen zeitnah zu realisieren. Eine Grundsteuer, die die Aufbauten nicht besteuert, kann das Interesse der Eigentümer an einer Bebauung befördern und Verdichtung im Bestand unterstützen.

Antrag 01-ÄA209-K09 (Zeile 2474)

Antragsteller/in: Kreisverband Darmstadt

Status: zugelassen

2474 dafür, dass mehr und schneller gebaut wird. Dieser Kurs muss fortgesetzt werden. Um Obdachlosigkeit zu bekämpfen, setzen wir uns für den flächendeckenden Ausbau von Fachstellen für Wohnungssicherung ein. Die Fachstellen werden tätig, wenn der Wohnungsverlust droht. Neben der Sicherung des Mietverhältnisses sind sozialpädagogische Hilfen erforderlich, um die Mieterinnen und Mieter bei der Bewältigung ihrer finanziellen Notlage und sozialer Krisen zu unterstützen.

Antrag 01-ÄA261-K09 (Zeile 2474)

Antragsteller/in: Felix Bleuel (KV Rheingau-Taunus)

Status: zugelassen

2474 dafür, dass mehr und schneller gebaut wird. Dieser Kurs muss fortgesetzt werden. Um die Belange alter Menschen besser zu vertreten, wollen wir auch für die älteren Generationen einen Altencheck einführen. Es sollen die Auswirkungen der entsprechenden Landesgesetze auf jene vier miteinander verschränkten Lebensbereiche in den Blick genommen werden, wie sie in unserer Bundespartei formuliert wurden: 1. Altern-gut abgesichert; 2. Altern-bei möglichst guter Gesundheit; 3. Altern-selbstbestimmt und mobil; 4. Altern-beruflich und sozial aktiv.

Antrag 01-ÄA051-K09 (Zeile 2482)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2482 den sozialen Wohnungsbau und die Aktivierung von Flächen weiter ausbauen, gemeinschaftliches und genossenschaftliches

Antrag 01-ÄA025-K09 (Zeile 2483)

Antragsteller/in: Hiltrud Hofmann (KV Gießen · Nr. 10700600)

Status: zugelassen

2483 Wohnen noch besser unterstützen und eine wirksame Mietpreisbremse etablieren. Dabei muss der Bedarf an bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum besondere Berücksichtigung finden, denn dies ist die Voraussetzung für mehr eigenständiges Wohnen behinderter Menschen als Alternative zu stationären Einrichtungen. Der Schwerpunkt

Antrag 01-ÄA052-K09 (Zeile 2484)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2484 liegt auf der Innenentwicklung, beispielsweise durch Umnutzung, Überbauungen, behutsame Nachverdichtung

Antrag 01-ÄA053-K09 (Zeile 2485)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2485 und Aufstockung sowie durch die Umwandlung von leer stehendem Büro- in Wohnraum. Die Vielzahl bestehender Förderprogramme des Bundes und des Landes wollen wir

Antrag 01-ÄA054-K09 (Zeile 2488)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2488 Mobilitätszentrale oder eine Kita im Quartier. Flächendeckend freies W-Lan wirkt der Abwanderung gerade auch der Jugend entgegen. Eine nachhaltige Städteplanung schafft Anreize,

Antrag 01-ÄA055-K09 (Zeile 2490)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2490 setzen uns für eine Bodenbevorratungspolitik des Landes und der Kommunen ein. Wohnbauflächen sollen gegebenenfalls zurückgekauft werden.

Antrag 01-ÄA056-K09 (Zeile 2490)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2490 setzen uns für eine Bodenbevorratungspolitik der Kommunen ein. Wir wollen erreichen, dass bei der Nassauischen Heimstätten der bestmögliche energetische Standard (z.B. Passivhaus, Effizienzhaus Plus oder Aktivhaus) im Wohnungsneubau die Regel wird.

Antrag 01-ÄA077-K09 (Zeile 2490)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2490 setzen uns für eine Bodenbevorratungspolitik der Kommunen ein.

2491 Innovative Wohnungspolitik im Ballungsraum unterstützen: IBA Frankfurt/Rhein-Main
Wohnungspolitik ist zunehmend eine regionale Aufgabe. Insbesondere der Wohnungsneubau muss immer auch im Zusammenhang mit anderen Aspekten der Stadt- und Regionalentwicklung gesehen werden, da es insbesondere im Ballungsraum mit wachsender Bevölkerung und steigenden Boden- und Mietpreisen zahlreiche Zielkonflikte gibt. Eine Internationale Bauausstellung (IBA) bietet die Chance, gegebenenfalls auch über die Landesgrenzen hinaus über Entwicklungsperspektiven und Qualitäten zu diskutieren, nachhaltige Stadtentwicklung, Wohnungspolitik, Funktionsmischung, neue Formen der Bodenpolitik und Freiraumsicherung in Städten und Region zusammen zu denken und innovative Konzepte und Ideen auszuprobieren. Die Grünen Hessen werden sich daher für die Durchführung einer Internationalen Bauausstellung (IBA) in der Region Frankfurt Rhein-Main einsetzen.

Antrag 01-ÄA163-K09 (Zeile 2496)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Stadt
Status: zugelassen

2496 Wohnraums nutzen. Die Förderrichtlinien des Landes Hessen für soziale Wohnraumförderung werden wir so überarbeiten, dass für Investoren auch bei dynamischen Mietpreisentwicklungen Anreize bestehen, sozial geförderten Wohnraum zu schaffen oder Belegungsrechte zu verkaufen.

Antrag 01-ÄA057-K09 (Zeile 2498)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

2498 Die wachsenden Aktivitäten im gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Bereich, z.B. für Senioren-WGs oder

Antrag 01-ÄA010-K09 (Zeile 2499)

Antragsteller/in: Hiltrud Hofmann (KV Gießen · Nr. 10700600)
Status: zugelassen

2499 generationenübergreifenden Wohnmodellen sowie inklusiven Wohnmodellen, wollen wir organisatorisch und finanziell

Antrag 01-ÄA058-K09 (Zeile 2500)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

2500 unterstützen, weil sie dazu beitragen, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen und weil sie für solidarisches, Generationen übergreifendes, flächensparendes und autoarmes Wohnen stehen. Bei der

Antrag 01-ÄA059-K09 (Zeile 2505)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

2505 In fast allen größeren Städten, hier in Hessen vor allem in den sogenannten Schwarmstädten, finden Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen kaum noch eine bezahlbare Wohnung. Auch in den Vororten wird es teuer, das Ausweichen ins Umland erzeugt immer längere Wege zum Arbeitsplatz und verstärkt die Pendlerströme. Gebaut wird am Bedarf der meisten Mieter und Wohnungssuchenden vorbei. In einst populären, gewachsenen Stadtvierteln schreitet die Verdrängung voran: Kündigung nach Aufteilung und Umwandlung in Eigentum, „kalte“ Entmietung per Baustelle und Modernisierung sind an der Tagesordnung. Es gibt spekulativen Leerstand, und durch Vermietung von Wohnungen als Ferienwohnungen wird Wohnraum dem Mietmarkt entzogen. Hier gilt es gegenzusteuern. Der Bund muss die Wirksamkeit der Mietpreisbremse erhöhen und die Zahl der bisher bestehenden

Antrag 01-ÄA060-K09 (Zeile 2506)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

- 2506 Ausnahmen verringern, und er muss die im Koalitionsvertrag vereinbarte Absenkung der Modernisierungsumlage von elf auf acht Prozent gesetzlich umsetzen. Der Kündigungsschutz von Mieter*innen in Wohnungen, die in Eigentum

Antrag 01-ÄA061-K09 (Zeile 2509)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

- 2509 einräumen. Milieuschutzsatzungen zur Verhinderung von Luxussanierungen (mit Vorkaufsrecht bzw. Abwendungserklärung) sind dann wirksamer. Das Wohnraumzweckentfremdungsverbot soll den Kommunen wieder als Option eröffnet

Antrag 01-ÄA218-K09 (Zeile 2523)

Antragsteller/in: LAG Ländlicher Raum, Verbraucherschutz und Gentechnik

Status: zugelassen

- 2523 und Fachärzten ein zunehmendes Problem, welchem wir unter anderem mit Patientenmobilen für mobilitätseingeschrenkte Menschen und Ärztezentren, in denen neben Hausärzten auch Fachärzte regelmäßig Sprechstunden abhalten, entgegenzutreten wollen. Außerdem bedarf es Maßnahmen, um dem Mangel an

Antrag 01-ÄA085-K09 (Zeile 2530)

Antragsteller/in: Kreisverband Lahn-Dill

Status: zugelassen

- 2530 in ihre Infrastruktur zu investieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Hessische Landesregierung dem Auftrag der dualen Krankenhausfinanzierung voll umfänglich nachkommt, die Investitionen in Infrastruktur der Hessischen Krankenhäuser, welche im Landes Krankenhausplan enthalten sind, nachhaltig verbessert. Der neue Krankenhausrahmenplan ist eine gute Grundlage

Antrag 01-ÄA086-K09 (Zeile 2531)

Antragsteller/in: Kreisverband Lahn-Dill

Status: zugelassen

- 2531 ~~für die stationäre Versorgung durch kommunale~~ für die stationäre Versorgung für alle Hessischen Krankenhäuser.

Antrag 01-ÄA113-K09 (Zeile 2535)

Antragsteller/in: Kreisverband Lahn-Dill

Status: zugelassen

- 2535 Pflegekräftemangel entgegen ~~wirken~~. Insbesondere im ländlichen Raum gilt das auch für die

Antrag 01-ÄA247-K09 (Zeile 2539)

Antragsteller/in: Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus)

Status: zugelassen

- 2539 ~~Gesundheitsprävention~~ Gesundheitsförderung im Alltag zu verankern.

Antrag 01-ÄA114-K09 (Zeile 2547-2551)

Antragsteller/in: Kreisverband Lahn-Dill
Status: zugelassen

- 2547 modernes System der Aus-, Fort- und Weiterbildung bis zur akademischen Ausbildung aufbauen, ~~zum~~
2548 ~~Beispiel für.~~ Wichtig ist das Management komplexer Krankheiten im Krankenhaus, ~~die~~ der stationären
Altenhilfe und der Gemeindepflege,
2549 durch gut ausgebildete Fach- und Führungskräfte ~~in der Pflege, Pflegepädagogen, Pflegepädagog*innen~~ für
alle Gesundheitsberufe oder
2550 Schulgesundheitsfachkräfte ~~zu stärken.~~ Die Umsetzung des neuen Pflegeberufgesetzes in Hessen bis 2020
werden wir in diesem Sinne unterstützen.
Wir werden den Aufbau einer Pflegekammer in Hessen nach dem Vorbild

Antrag 01-ÄA115-K09 (Zeile 2550-2552)

Antragsteller/in: Kreisverband Lahn-Dill
Status: zugelassen

- 2550 Schulgesundheitsfachkräfte. ~~Wir werden den Aufbau einer Pflegekammer in Hessen nach dem Vorbild~~
2551 ~~von Rheinland-Pfalz aktiv unterstützen.~~

Antrag 01-ÄA246-K09 (Zeile 2552)

Antragsteller/in: Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus)
Status: zugelassen

- 2552 Kommunen brauchen lokale Steuerungsmöglichkeiten, damit das Angebot von Pflegeangeboten bedürfnis-
und bedarfsgerecht ausgebaut werden kann. Im ambulanten Bereich werden wir sozialraumorientierte neue
Modelle der häuslichen Pflege

Antrag 01-ÄA117-K09 (Zeile 2554-2556)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

- 2554 Bedeutung.
2555 Wichtig ist der Ausbau von flexiblen Tagespflegeeinrichtungen für Pflegebedürftige.
Wir wollen die Versorgungsforschung und die Steigerung der Qualität der Leistungen für das

Antrag 01-ÄA116-K09 (Zeile 2555)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

- 2555 ~~Wir wollen die Versorgungsforschung~~ Wir wollen die Pflegeforschung und die Steigerung der Qualität der
Leistungen für das

Antrag 01-ÄA118-K09 (Zeile 2564-2566)

Antragsteller/in: Kreisverband Lahn-Dill
Status: zugelassen

- 2564 erweitertes betriebliches Gesundheitsmanagement vorantreiben, ~~gemeinsam~~ Gemeinsam mit den Kindergärten
2565 und Schulen wollen wir dafür sorgen, dass Gesundheitsförderung Teil ihres Bildungsalltags wird. Damit die

Antrag 01-ÄA157-K09 (Zeile 2588-2593)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH

Status: zugelassen

- 2588 ~~Wir unterstützen die Städte bei Angeboten der akzeptierenden Drogenhilfe und befürworten die~~
2589 ~~Einführung von Drug-Checking-Projekten auf~~ Es bringt nichts, Drogenabhängige aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, ihnen Selbstbestimmtheit und Würde abzusprechen und durch verschärftes Vorgehen eine Spirale der Kriminalität hervorzurufen. Deshalb unterstützen wir Städte bei Angeboten der akzeptierenden Drogenhilfe und befürworten die Einführung von „Drug-Checking“-Projekten auf einem Weg zur Entkriminalisierung der Konsument*innen.
2590 ~~Insbesondere zur angemessenen Versorgung von Schmerzpatient*innen wollen wir~~ Wir wollen für Hessens Kommunen prüfen, inwiefern eine wissenschaftlich begleitete Ausgabe von reinen sauberen Drogen zur Steigerung der Lebensqualität umgesetzt werden kann. Wir wollen ein
2591 ~~Cannabismodellprojekt in Hessen starten;~~ starten und uns im Bund unterstützen wir alle weiterhin für die Maßnahmen zur-
2592 der Entkriminalisierung des Cannabiskonsums einsetzen.

Antrag 01-ÄA062-K09 (Zeile 2589-2591)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

- 2589 Einführung von Drug-Checking-Projekten auf dem Weg zur Entkriminalisierung der Konsument*innen.
2590 Um die Drogentodeszahlen weiter zu senken, wollen wir hessenweit ein Take-Home-Naloxon-Programm auflegen, das opioidabhängigen Menschen und ihren Angehörigen nach einer Drogennotfallschulung den Opiatantagonisten Naloxon zugänglich macht. Mit dessen Verabreichung durch geschulte Laien kann bei einer Überdosierung das Leben Drogenabhängiger gerettet werden. Insbesondere zur angemessenen Versorgung von Schmerzpatient*innen wollen wir ein

Antrag 01-ÄA063-K09 (Zeile 2589-2591)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

- 2589 Einführung von Drug-Checking-Projekten auf dem Weg zur Entkriminalisierung der Konsument*innen.
2590 Mit einem geeigneten Erlass wollen wir für alle in hessischen Justizvollzugsanstalten inhaftierten Drogenkonsument*innen den Zugang zu einer auch bei längeren Haftstrafen durchgehenden Substitutionstherapie (falls indiziert auch mit Diamorphin) sicherstellen. Zur Verringerung der Infektionsrisiken insbesondere mit HIV und HCV wollen wir in allen Haftanstalten Safer-Use- und Safer-Sex-Programme einrichten. Drogenkonsument*innen mit einer HIV- oder Hepatitis-C-Infektion soll innerhalb wie außerhalb der Haftanstalt der gleiche Zugang zu den modernen hochwirksamen Behandlungen dieser ersten Erkrankungen ermöglicht werden.
Insbesondere zur angemessenen Versorgung von Schmerzpatient*innen wollen wir ein

Antrag 01-ÄA009-K09 (Zeile 2605)

Antragsteller/in: Dr. Christiane Schmahl (KV Gießen)
Status: zugelassen

2605 Entbindungspfleger kümmern sowie Familienhebammen weiter ausbauen.

Entbindungsmöglichkeiten auf dem Land sichern

In manchen Gegenden Hessens sind die Wege zur nächsten Klinik, die eine Entbindungsstation vorhält, mittlerweile über 50 km weit. Hier werden wir Modelle schaffen, die Klinikgeburten in zumutbarer Entfernung in ganz Hessen ermöglichen.“

Antrag 01-ÄA219-K09 (Zeile 2605)

Antragsteller/in: LAG Ländlicher Raum, Verbraucherschutz und Gentechnik
Status: zugelassen

2605 Entbindungspfleger kümmern sowie Familienhebammen weiter ausbauen. Um die Geburtshilfe im ländlichen Raum sicher zu stellen übernehmen Land und Kommunen die Sicherung der Haftpflichtprämien.

Antrag 01-ÄA249-K09 (Zeile 2611-2613)

Antragsteller/in: Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus)
Status: zugelassen

2611 Wir setzen uns für wohnortnahe Palliativeinrichtungen, multiprofessionelle palliativmedizinische Teams ~~von Haus-~~

2612 ~~und Klinikärzten~~ sowie Hospize in Stadt und Land ein.

Antrag 01-ÄA216-K09 (Zeile 2612)

Antragsteller/in: LAG Ländlicher Raum, Verbraucherschutz und Gentechnik
Status: zugelassen

2612 und Klinikärzten sowie Hospize in Stadt und Land ein.

Entwicklung des ländlichen Raumes

2614 Im ländlichen Raum in Hessen, der rund achtzig Prozent der Landesfläche ausmacht, wird GRÜNER Umwelt- und Klimaschutz umgesetzt. Hier drehen sich Windräder, werden Lebensmittel angebaut, hier ist Platz für Natur: es gibt offene Feld- und Wiesenlandschaften, Wald, Bäche und Auen. Und hier liegen die Trinkwassergewinnungsgebiete.

2615 Die Herausforderungen auf dem Land sind andere, als in den Ballungsräumen - es gibt längere Wege zum Arzt, zu Behörden, zum Einkaufen, zur Schule und auch zum Arbeitsplatz. Seit wir GRÜNE wieder mitregieren, haben wir die Richtung der Politik geändert und mit zahlreichen Maßnahmen daran gearbeitet, den Ländlichen Raum attraktiver zu machen:

2616 So haben sich die Finanzzuweisungen über den neuen bedarfsgerechten kommunalen Finanzausgleich deutlich verbessert. Wir haben zur Unterstützung der Kommunen die Hessenkasse und umfangreiche Investitionsprogramme aufgelegt. Im LEADER-Programm der EU für den Ländlichen Raum werden aktuell 24 Regionen mit 51 Millionen Euro dabei unterstützt, zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln. Und wir haben begonnen, Verwaltungsbereiche in die ländlichen Regionen zu verlagern, zum Beispiel Teile der

Finanzverwaltung. Mit der Energieagenda 2015, den Anstrengungen für einen flächendeckenden Breitbandausbau und dem Programm Mobiles Hessen 2020 konnten wir wichtige Pflöcke für den Ausbau der Infrastruktur einschlagen.

- 2617 Wir wollen weiterhin den Ländlichen Raum mit einer Vielzahl von Maßnahmen stärken, um gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land zu gewährleisten. Dieses Ziel soll auch in der hessischen Verfassung verankert werden. Eine angemessene Daseinsvorsorge, öffentliche Nahverkehrsangebote, bedarfsgerechte Breitbandversorgung, eine Grundversorgung mit Geschäften und Ärzten und Krankenhäusern in erreichbarer Nähe sind Voraussetzungen für ein gutes Leben auf dem Land
- 2618 So wollen wir Wohnen und Arbeiten verbinden, denn wer gern auf dem Land lebt, soll die Möglichkeit haben dort zu arbeiten. Dort, wo schnelles Internet verfügbar ist, könnten viele Pendler tageweise von zuhause aus arbeiten. Hier sollen Anreize geschaffen werden, um dieses Konzept für alle attraktiv zu machen. Davon profitieren die Unternehmen mit zufriedenen Mitarbeitern, Pendler und nicht zuletzt die Umwelt. Wir wollen die Verlagerung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Raum weiter ausbauen und Co-Working-Spaces in Mittelzentren schaffen. Das Handwerk und gewerbliche Betriebe sollen durch eine Ausbildungsoffensive gestärkt werden, um Nachwuchskräfte zu fördern und in der Region zu halten. Dies und digitale Lernkonzepte sorgen dafür vor Ort Berufsschulen zu erhalten.
- 2619 Auch die Landwirtschaft braucht kurze Wege für Verarbeitung und Vermarktung ihrer Produkte. Deshalb wollen wir regionale Wertschöpfungsketten weiter aufbauen und vorhandene fördern. Dazu gehören kleine Verarbeitungsbetriebe wie hofnahe oder mobile Schlachtstätten und Molkereien.
- 2620 Kreative Geschäftskonzepte auf mobiler, analoger und digitaler Ebene wollen wir unterstützen, ebenso ein gezieltes Frauenförderprogramm für die Existenzgründung von Frauen im ländlichen Raum. Gerade dort sehen wir ein großes Potential an Wissen, sozialer Kompetenz und Netzwerk mit den Vereinen vor Ort.
- 2621 Der Ländliche Raum ist ein Motor der Energiewende. Die Kommunen auf dem Land sollen davon profitieren, dass sie den Ausbau der erneuerbaren Energien durch Windkraft, Sonnenenergie und Biomasse voranbringen. Deshalb wollen wir Energiewende-Kommunen fördern, die zukunftsweisende Konzepte entwickeln.
- 2622 Immer mehr Menschen in den ländlichen Regionen sind aufgrund ihres Alters mobilitätseingeschränkt und können nicht mehr selber zum Arzt fahren. Hier könnte ein Patientenmobil Wegstrecken übernehmen und die Menschen hin und zurück nach Hause bringen. Für die ärztliche Versorgung sind Ärztezentren, zum Beispiel bestehend aus einer Hausarztpraxis und einer Apotheke in einem Haus plus Sprechstunden von Fachärzten gut. Wir wollen die Zusammenarbeit aller Akteure des Gesundheitsbereiches in regionalen Gesundheitskonferenzen etablieren, um angepasste Konzepte für eine verlässliche Gesundheitsvorsorge zu erarbeiten. Die Geburtshilfe wollen wir im ländlichen Raum sicherstellen, indem Land und Kommunen die Sicherung der Haftpflichtprämien übernehmen bis eine bundesweite Lösung umgesetzt ist.
- 2623 Der vorhandene Wohnraum muss den Anforderungen der Zukunft angepasst werden. Die Nachfrage nach altersgerechten und barrierefreien Wohnungen steigt, daher unterstützen wir den barrierefreien Bau und Umbau. Gleichzeitig sollen die Ortskerne auch für junge Familien mit Kindern attraktiv sein. Deshalb wollen wir individuelle Gemeindeentwicklungskonzepte entwickeln und die Ortskerne stärken. Wir wollen Bürgergruppen bei der Innerortsentwicklung unterstützen - dazu gehört auch ein Leerstands- und Baulückenmanagement und die Baupolitik mit umliegenden Kommunen abzustimmen. Privilegierte landwirtschaftliche Bauten stehen immer wieder der Entwicklung von Wohn-, Gewerbe- oder gar Naherholungsgebieten entgegen. Deshalb brauchen Städte und Gemeinden ein Mitspracherecht, wo solche

Bauten entstehen könnten.

2624 Damit Menschen auf dem Land gut leben, müssen sie mobil und digital miteinander vernetzt sein. Dafür wollen wir dafür gute Verbindungen schaffen. Dazu gehören die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken und eine bessere Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden beim vernetzten Busverkehr über Kreisgrenzen hinweg. Car-Sharing, Bürgerbusse, Elektromobilität und autonomes Fahren bringen neue Impulse. Für Pendler wollen wir gute Verbindungen mit dem öffentlichen Nahverkehr in die Ballungsgebiete und klimafreundlichen Verkehr innerhalb des ländlichen Raums. Auch eine gute Anbindung an die Ballungsgebiete ist entscheidend für eine hohe Lebensqualität.

Antrag 01-ÄA248-K09 (Zeile 2612)

Antragsteller/in: Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus)

Status: zugelassen

2612 und Klinikärzten sowie Hospize in Stadt und Land ein. Der demografische Wandel verändert unser Leben im Stadtteil - in der Großstadt ebenso wie im kleinen Dorf. Unser Ziel ist, dass alle Menschen bis ins hohe Alter in ihrem Stadtteil am gesellschaftlichen Leben im Stadtteil teilhaben und mitbestimmen können. Kommunen sollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vorhandene Angebote auch im Stadtteil anbieten und weiterentwickeln sowie neue innovative Projekte entwickeln und umzusetzen. Dazu gehören Themen wie altersgerechte Stadtentwicklung und Wohnen oder neue Wohnprojekte, dazu gehören Mobilität und Versorgung für das tägliche Leben, dazu gehören Vernetzung von bürgerschaftlichem Engagement, fußläufig zu erreichende Beratungsangebote zu Rente, Versicherungen, Gesundheit und Pflege, etc. Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir auf die Gesunderhaltung und Pflege setzen, indem wir die soziale Teilhabe bis ins hohe Alter, die Prävention von Pflegebedürftigkeit, die Pflegeberatung (Dezentralisierung der Pflegestützpunkte) und die wohnortnahe Pflegeangebote und Unterstützung von Angehörigen ausbauen. Die sozialräumliche Entwicklung durch so genanntes Quartiersmanagement ist dabei unser Leitbild.

Änderungsanträge zu Antrag K10: Kapitel 10: Kultur und Medien: für ein kreatives und vielfältiges Hessen (Zeile 2613-2792)

Kultur und Medien: für ein kreatives und vielfältiges Hessen

Antrag 01-ÄA064-K10 (Zeile 2631)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

2631 oder vergünstigte Angebote angewiesen sind. Das erfolgreiche Projekt Kulturkoffer wollen wir fortführen. Im Wirtschaftsministerium wurde der Bereich

Antrag 01-ÄA181-K10 (Zeile 2650)

Antragsteller/in: Martina Feldmayer (KV Frankfurt)
Status: zugelassen

2650 aufnehmen. In diesem Sinne wollen wir auch den Masterplan Kultur fortsetzen und in einem Beteiligungsverfahren kulturpolitische Leitlinien für Hessen entwickeln. Damit Förderkriterien und -entscheidungen wie bei der Soziokultur im gesamten

Antrag 01-ÄA266-K10 (Zeile 2674)

Antragsteller/in: Ben Seel (KV Frankfurt · Nr. 20700000, 10700400)
Status: zugelassen

2674 kulturellen Aktivitäten einer Region besser zu vernetzen und bekannt zu machen. Dazu gehört auch Jugendkultur zu stärken. Deshalb wollen wir ein Landesförderprogramm einrichten, das es auch strukturell schwächeren Kommunen, z.B. in ländlichen Regionen, ermöglicht, Mittel für die Einrichtung von Jugendkulturzentren vor Ort zu beantragen.

Antrag 01-ÄA120-K10 (Zeile 2691)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau
Status: zugelassen

2691 Die Ausstattung der Musikschulen wollen wir deutlich verbessern. Um den Zugang zu Musik für Kinder und Jugendliche zu fördern, wollen wir die Kommunen bei der Ausstattung der Musikschulen finanziell unterstützen. Wir wollen einen

Antrag 01-ÄA065-K10 (Zeile 2701)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

2701 Kassel sollen verstetigt werden.

2702 **Kulturinstitutionen erhalten und weiter entwickeln**

Wir haben in Hessen hervorragende Kultureinrichtungen auch in der sogenannten Hochkultur. Von der documenta in Kassel bis zum Staatstheater in Darmstadt, vom Staatstheater Wiesbaden bis zur Landesmusikakademie in Schlitz. Wir wollen die Förderung dieser Institutionen erhalten, die Hochkultur gehört zu Hessen ebenso wie die Freie Kulturszene. Wir unterstützen die Entwicklung eines Kulturcampus in Frankfurt ausdrücklich und erwarten von der Stadt Frankfurt eine ebenso entschiedene Unterstützung. Mit der Ansiedlung der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst wird das Land einen wichtigen Anteil an der Entwicklung dieses Projekts beisteuern. Auch bei den notwendigen Sanierungen von Einrichtungen der Hochkultur wollen wir im Rahmen der Möglichkeiten durch das Land unterstützen. Solche Einrichtungen wirken über den kommunalen Rahmen hinaus, dieser Tatsache wollen wir Rechnung tragen.

Antrag 01-ÄA253-K10 (Zeile 2702-2721)

Antragsteller/in: Marcus Schmitt (KV Main-Taunus · Nr. 20700000, 10701500)

Status: zugelassen

2702 **Film- und Festivals entwickeln**

2703 Wir wollen die positive Entwicklung der hessischen Film- und Medienwirtschaft als Motor der
2704 Kreativwirtschaft unterstützen und konsequent fortsetzen. Um Hessen zu einem kulturell und
2705 wirtschaftlich prosperierenden Film- und Medienstandort zu machen, müssen die bestehenden
2706 Angebote und Maßnahmen im Bereich Film und Medien weiter optimiert werden. Dies wollen wir in
2707 enger Abstimmung mit der Branche und ihren Organisationen umsetzen. Die Mittel für die
2708 Filmförderung wollen wir ausbauen. Dabei wollen wir neue Verfahren für die Vergabe von
2709 Fördermitteln mit dem Ziel testen, die Finanzierung von Filmen unbürokratischer und
2710 transparenter zu machen, die Umsetzung künstlerischer Konzepte zu erleichtern und soziale
2711 Standards einzuhalten. Die Förderung des Nachwuchses soll eine wichtige Rolle spielen. Als Sitz
2712 wichtiger filmkultureller Einrichtungen soll sich Hessen verstärkt für den Erhalt des Filmerbes
2713 engagieren.
2714 Hessen verfügt über eine große Vielfalt von Film- und Medienfestivals, die pro Jahr 100.000
2715 Besucher*innen erreichen. Wir wollen diese Festivals auch künftig unterstützen und uns für eine
2716 größere Transparenz ihrer Förderung stark machen. Die Festigung der bestehenden Kinolandschaft,
2717 gerade auch im ländlichen Raum, ist ein zentrales Anliegen. Wir wollen die hessische
2718 Kinolandschaft weiter zur ökologischsten in Deutschlands ausbauen. Die Ziele und Ausrichtung
2719 des Hessischen Filmpreises wollen wir mit allen Beteiligten weiterentwickeln. Der Bedeutung des
2720 Themas Ausbildung werden wir künftig noch größeres Gewicht beimessen.

Auch Musik, Theater und Kleinkunstfestivals möchten wir fördern und stärken. Wir möchten Landesmittel zur Verfügung stellen, die es Veranstalter*innen ermöglichen, Gelder für ihr Festival zu erhalten. Das Sterben von kleinen Musikfestivals möchten wir bekämpfen und Veranstalter*innen motivieren, ihre Festivals (weiter) durchzuführen. Ein vielfältiges Kultur- und Festivalangebot ist auch für die politische Partizipation von großer Bedeutung und soll es den Menschen in Hessen ermöglichen, aktiv an Kultur und Politik teilzunehmen.

Antrag 01-ÄA066-K10 (Zeile 2715-2719)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2715 Besucher*innen erreichen. ~~Wir wollen diese Festivals auch künftig unterstützen und uns für eine~~

- 2716 ~~größere Transparenz ihrer Förderung stark machen. Die Festigung der bestehenden Kinolandschaft,~~
2717 ~~gerade auch im ländlichen Raum,~~ Hessen ist das einzige Bundesland, in dem es einen Preis für Nachhaltigkeit
in Kinos gibt. Wir wollen den Preis weiterführen und Hessen zum Green Filmland machen. Initiativen und
Konzepte wie ein zentrales Anliegen. Wir wollen die hessische-
2718 ~~Kinolandschaft weiter zur ökologischsten in Deutschlands ausbauen~~ Grüner Drehpass, CO2-neutrale Festivals
und mehr wollen wir besonders fördern. Die Filmfestivals in Hessen zeigen, abseits vom Mainstream was
FilmemacherInnen können. Sie ziehen immer mehr BesucherInnen an und sind eine Bereicherung für unser
Bundesland. Die Festivalförderung wollen wir daher verbessern und deutlich steigern. Die Ziele und
Ausrichtung

Antrag 01-ÄA224-K10 (Zeile 2716)

Antragsteller/in: Michael Hack (KV Frankfurt · Nr. 10702539)

Status: zugelassen

- 2716 größere Transparenz ihrer Förderung stark machen. Dazu gehört auch eine unabhängige Evaluation der B3-
Biennale. Die Festigung der bestehenden Kinolandschaft,

Antrag 01-ÄA182-K10 (Zeile 2729)

Antragsteller/in: Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

Status: zugelassen

- 2729 rücken. Wir wollen den Zugang und die Erschließung von Archiven und Sammlungen durch Digitalisierung
ermöglichen und unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bibliotheken noch besser als bisher durch das
Land

Antrag 01-ÄA155-K10 (Zeile 2755-2758)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH

Status: zugelassen

- 2755 Persönliche Freiheiten gehen über Traditionen hinweg. Wir setzen uns dafür ein, wollen das derzeit ~~gültige-~~
~~Tanzverbot an Sonn~~gültigen Tanzverbot an den im Hessischen Feiertagsgesetz vorgesehenen Feier- und
~~Feiertagen aufzuheben und-~~
2756 ~~nur noch~~ Gedenktagen aufgeben. Damit jedoch bei konkreten Konflikten keine zeitraubenden
Gerichtsentscheidungen, sollen religiöse Feierlichkeiten an diesen Tagen Vorrang haben und Veranstaltungen
auf die drei stillen Feiertage (Karfreitag, Volkstrauertag und Totensonntag) zu-
2757 ~~beschränken~~ öffentlichen Plätzen verboten werden können, dies soll von den Kommunen im Einzelfall
entschieden werden können. Außerdem wollen wir uns für den 8. März (Frauen*kampftag) als neuen
hessischen Feiertag einsetzen.

Antrag 01-ÄA183-K10 (Zeile 2755-2758)

Antragsteller/in: Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

Status: zugelassen

- 2755 Wir GRÜNE setzen uns ~~dafür~~ für den Erhalt der vielfältigen Clubkultur ein, -das und dafür, dass derzeit gültige
Tanzverbot an Sonn- und Feiertagen aufzuheben und
2756 nur noch auf die drei stillen Feiertage (Karfreitag, Volkstrauertag und Totensonntag) zu

2757 beschränken.“

Antrag 01-ÄA256-K10 (Zeile 2755-2758)

Antragsteller/in: Andreas Kißmehl (KV Hochtaunus · Nr. 20700000, 10700905)

Status: zugelassen

2755 Unsere Gesellschaft ist bunt und vielfältig. Einer der elementarerer Werte ist unsere Glaubensfreiheit. Daher kann keine einzelne religiöse Gruppe Regeln für alle festlegen. Wir ~~setzen uns dafür ein~~, Grüne wollen daher das ~~derzeit gültige Tanzverbot an Sonn- und Feiertagen aufzuheben und~~

2756 ~~nur noch auf die drei stillen Feiertage (Karfreitag, Volkstrauertag und Totensonntag) zu~~

2757 ~~beschränken~~ generelle Tanzverbot vollständig aufheben.

Antrag 01-ÄA158-K10 (Zeile 2770)

Antragsteller/in: Kreisverband Kassel-Stadt

Status: zugelassen

2770 Netzneutralität, ein offenes, sicheres und freies Internet für alle sowie eine nachhaltige Nutzung von Informations- und

Antrag 01-ÄA232-K10 (Zeile 2782-2784)

Antragsteller/in: LAG Medien und Digitales

Status: zugelassen

2782 verständliche Entscheidungen sollen den Bürger*innen den Kontakt zu Behörden einfacher machen.

2783 Dabei wollen wir dem Grundsatz folgen "Public Money, Public Code" und uns für den vermehrten Einsatz von Freier Software in unserem Land aussprechen.

Auch in einem freien Netz gelten unsere demokratischen Regeln. Deshalb sagen wir Fake News,

Antrag 01-ÄA156-K10 (Zeile 2785-2787)

Antragsteller/in: Kreisverband Kassel-Stadt

Status: zugelassen

2785 strafrechtlich relevante Äußerungen selbst zu löschen. Damit wird ~~das Problem~~ jedoch ~~nicht an~~

2786 ~~der Wurzel gepackt~~ ein mitunter strafrechtlich relevantes Verfahren an nichtstaatliche Akteure übergeben und das Problem von Hassrede und Hetze im Internet allenfalls symptomatisch bekämpft. Neben der strafrechtlichen Verfolgung wollen wir zunächst ein

Antrag 01-ÄA221-K10 (Zeile 2792)

Antragsteller/in: LAG Medien und Digitales

Status: zugelassen

2792 Netz.

2793 Mit einem Landesprogramm OpenGovernment zur Förderung von eGovernment, Partizipation und Kooperation in Hessen wollen wir die Kommunen bei der Digitalisierung unterstützen und den Servicegedanken in der öffentlichen Verwaltung in den Mittelpunkt stellen. Grundsätzlich sollen alle Verwaltungsgänge auch bequem von zuhause aus erledigt werden. Dazu wollen wir uns im Aktionsplan OpenGovernment des Bundes aktiv

einbringen.

Änderungsanträge zu Antrag K11: Kapitel 11: Gleichberechtigung durchsetzen, strukturelle Benachteiligungen überwinden (Zeile 2793-2929)

Gleichberechtigung durchsetzen, strukturelle Benachteiligungen überwinden

Antrag 01-ÄA067-K11 (Zeile 2795-2806)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2795 Ein Kernanliegen Grüner Politik ist, die Gleichberechtigung ~~der Frau~~ von Frauen in allen Lebens- und
2796 Arbeitsbereichen durchzusetzen und strukturelle Benachteiligungen zu überwinden. Das Wahljahr
2797 2018 ist historisch, denn das Frauenwahlrecht wird 100 Jahre alt. Auch wenn sich während dieses
2798 Jahrhunderts auf dem Weg zur Gleichberechtigung einiges getan hat, ist der Anspruch des
2799 Grundgesetzes in nahezu allen Bereichen leider noch lange nicht erfüllt.
2800 Mit grüner Regierungsbeteiligung seit 2014 haben wir einiges für mehr Gleichberechtigung erreicht. So haben
wir das Gleichberechtigungsgesetz, das 1993
2801 als erstes hessisches Gleichberechtigungsgesetz unter der rot-grünen Regierung auf den Weg
2802 gebracht wurde, neu ausgerichtet. Der Fokus liegt darauf, mehr Frauen in Führungspositionen zu
2803 bringen und die Rechte der Frauenbeauftragten zu stärken. ~~Mit dem hessischen~~ Der hessische Lohnatlas ~~haben-~~
~~wir ist~~
2804 ein ~~Instrument geschaffen, dass~~ erster Schritt, Transparenz über die Lohnungleichheit zwischen Männern und
2805 ~~Frauen in verschiedenen~~ Frauen zu schaffen, er beleuchtet die Unterschiede in den Branchen und Regionen
Hessens ~~schafft, die Ungleichheit aufgrund von unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen und der~~
Berufswahl muss er jedoch stärker in den Blick nehmen. Für mehr Frauen in den

Antrag 01-ÄA153-K11 (Zeile 2795)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH

Status: zugelassen

2795 ~~Ein~~ Feminismus ist ein Kernanliegen ~~Grüner~~ Grüner Politik ~~ist,!~~ Unser Ziel ist es die Gleichberechtigung der
Frau in allen Lebens- und

Antrag 01-ÄA068-K11 (Zeile 2817)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2817 und Frauen vor sexueller Gewalt zum zentralen Thema der Frauenpolitik zu machen. Wir setzen uns dafür ein,
dass die Landesregierung in der kommenden Legislaturperiode den Input relevanter Akteurinnen und Akteure
zum Thema Sexismus einholt und daraus Instrumente und Leitfäden gegen Sexismus für Schulen, Polizei und

die Landesverwaltung verfasst sowie die Kreise und Kommunen dabei unterstützt, dies ebenso zu tun. Außerdem wollen wir Sexismusbeauftragte in das Gleichberechtigungsgesetz und das Schulgesetz aufnehmen. Gerade

Antrag 01-ÄA095-K11 (Zeile 2820)

Antragsteller/in: LAG Säkulare Grüne

Status: zugelassen

2820 die gleichen Rechte von Frauen und Männern stark zu machen. Um diese Bestrebung zu unterstützen, setzen wir uns dafür ein, dass der internationale Frauentag zu einem weiteren Feiertag in Hessen wird.

Antrag 01-ÄA069-K11 (Zeile 2829-2833)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2829 Entscheidungsgremien. ~~Auch in Gremien, Vereinen und Verbänden, die Landesförderung erhalten~~
2830 ~~oder Jurys, die vom Land eingesetzt werden, soll eine paritätische Frauenrepräsentation~~
2831 ~~umgesetzt werden. Die Gleichstellungsquote soll~~ soll der Frauenanteil nach der nächsten Legislaturperiode mindestens 50 % betragen. Um dies zu erreichen, wollen wir das eher zahnlose Bundesgesetz durch regelmäßige Berichte eigene Bestimmungen ergänzen. Auch in Gremien, Vereinen und Verbänden, die Landesförderung erhalten oder Jurys, die vom Land eingesetzt werden, soll eine paritätische Frauenrepräsentation umgesetzt werden. Mit regelmäßigen Berichten zur Gleichstellungsquote werden wir den Fortschritt der Gleichstellung öffentlich eine-
2832 ~~stärkere Aufmerksamkeit erhalten~~ überprüfen.

Antrag 01-ÄA121-K11 (Zeile 2857)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau

Status: zugelassen

2857 können. Außerdem sollen Modelle für Kinderbetreuung in Kommunalparlamenten entwickelt und unterstützt werden. Ähnliches gilt für Kommunale Wahlbeamte in den Kommunen und die Prüfung von

Antrag 01-ÄA147-K11 (Zeile 2861)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Stadt

Status: zugelassen

2861 ~~eine Verbesserung beim~~ ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit und einen Rechtsanspruch auf vollzeitnahe

Antrag 01-ÄA070-K11 (Zeile 2862-2864)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2862 Teilzeit (80%) gibt. ~~Außerdem unterstützen wir Vorschläge, die Vätermonate schrittweise~~
2863 ~~auszuweiten~~ Unser Ziel ist, dass die paritätische Elternzeit der Normalzustand wird. Auf Landesebene wollen wir mittels des Ausbaus einer guten Kinder- und

Antrag 01-ÄA250-K11 (Zeile 2864)

Antragsteller/in: Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus)
Status: zugelassen

2864 Grunds Schulbetreuung sowie unterstützende Angebote zur Entlastung bei häuslicher Pflege die nötigen Voraussetzungen schaffen, damit Beruf und Familie vereinbart

Antrag 01-ÄA240-K11 (Zeile 2896)

Antragsteller/in: Nina Eisenhardt (KV Frankfurt)
Status: zugelassen

2896 Hessische Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz(HAGSchKG) werden wir um die Regelung ergänzen, dass im Umkreis von 150 Metern um Beratungsstellen nach dem SchKG weder Versammlungen noch sonstige Gehsteigbelästigungen stattfinden dürfen, die den Zugang von Frauen zu einer anonymen und ergebnisoffenen Beratung ohne Einwirkung von außen beeinträchtigen. Ziel ist eine flächendeckende Versorgung von Frauen mit qualifizierten ärztlichen Informationen

Antrag 01-ÄA164-K11 (Zeile 2897)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH
Status: zugelassen

2897 und medizinischer Behandlung.
In der wieder neu aufkommenden feministischen Debatte, wird auch die Strafbewährung des Schwangerschaftsabbruchs und dabei insbesondere die Verortung der Strafbarkeit in Paragraph 218 StGB in Frage gestellt. Wir sind offen für eine gesellschaftliche Debatte zur emanzipierten Reformierung des Paragraph 218, so dass Frauen frei und ohne Angst vor Kriminalisierung darüber entscheiden können, ob sie eine ungewollte Schwangerschaft beenden wollen. Gleichzeitig sind wir auch offen, gesetzgeberische Maßnahmen anzuregen, denn die Regelungen sollten perspektivisch ihren Platz nicht mehr im Strafgesetzbuch, sondern ausschließlich im Familien- und Sozialrecht finden.

Antrag 01-ÄA362-K11 (Zeile 2897)

Antragsteller/in: Nina Eisenhardt (KV Frankfurt)
Status: zugelassen

2897 und medizinischer Behandlung. In der neu aufkommenden Debatte, wird auch der Paragraph 218 StGB in Frage gestellt. Wir wollen als GRÜNE die gesellschaftliche Debatte führen, wie Frauen selbstbestimmt und ohne Angst vor Kriminalisierung entscheiden können, ob sie eine ungewollte Schwangerschaft beenden wollen.

Antrag 01-ÄA71-K11 (Zeile 2908)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt
Status: zugelassen

2908 ab. Die kommunale Umsetzung des aktuellen Prostitutionsgesetzes darf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Sexarbeiter*innen nicht weiter erschweren. Das Land unterstützt die Kommunen die Bundesvorgaben möglichst diskriminierungsfrei und praxistauglich umzusetzen. Gerade im ländlichen Raum erfordern die geforderten Nachweise teils eine hohe Mobilität. Das Land bietet den Kommunen hier die erforderliche

Unterstützung an, z.B. Mobile Beratung zu Gebühren und Zuverlässigkeitsprüfungen. Wir setzen uns gegen Menschenhandel und für mehr Schutz vor Armuts- und Zwangsprostitution

Antrag 01-ÄA72-K11 (Zeile 2911-2929)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

2911 Eines der größten Armutsrisiken in Deutschland ist es, eine Frau zu sein. In der Regel sind es noch
2912 immer sie-es die Frauen, die unentgeltlich die Kinder versorgen, die Hausarbeit leisten und Angehörige
2913 pflegen. Frauen sind arm, weil sie eher in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind und
2914 viel weniger verdienen als Männer (Gender Pay Gap). Frauen sind arm, weil sie oft in
2915 personennahen Dienstleistungen tätig sind, die weit schlechter vergütet werden als etwa
2916 Industriearbeit. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden liegt sehr hoch und Alleinerziehende
2917 sind zu über 90% Frauen. Dabei ist die Armut von Alleinerziehenden meist untrennbar mit der
2918 Armut der Kinder verbunden. Die besten Mittel gegen Frauen-, Kinder- und Altersarmut sind eine
2919 gut bezahlte familienfreundliche Arbeit oder selbständige berufliche Existenz und die gerechte
2920 Verteilung der Erziehungs-, Pflege- und Sorge-Arbeit. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene
2921 für die Eindämmung von prekärer Beschäftigung, für die Schaffung von mehr
2922 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, für existenzsichernde Mindestlöhne,
2923 für eine Kindergrundsicherung und die Verbesserung des Familienlastenausgleichs im Steuer-,
2924 Sozial- und Familienrecht ein. In Hessen wollen wir das gesellschaftliche Bewusstsein für die
2925 vielfältigen Gründe von Frauenarmut steigern und Frauen mit gezielten Kampagnen auf die Armuts-
2926 Risiken hinweisen. Ergänzend wollen wir flächendeckend geschlechtersensible Beratung für Frauen
2927 zur Existenzsicherung ermöglichen. Präventiv wirkt auch, den flächendeckenden Ausbau qualitativ
2928 hochwertiger Kita- und ~~Hortplätze~~ Schulkinderbetreuungsplätze weiter finanziell zu fördern und die
Beitragsfreiheit weiter

Antrag 01-ÄA152-K11 (Zeile 2926)

Antragsteller/in: Landesvorstand GJH

Status: zugelassen

2926 Risiken hinweisen. Für Menschen mit geringem Einkommen soll der kostenfreie und unkomplizierte Zugang zu Hygiene- und Verhütungsmitteln sichergestellt werden. In einigen Kommunen in Hessen ist dies bereits Praxis, wir wollen andere Kommunen unterstützen, dies auch umzusetzen. Ergänzend wollen wir flächendeckend geschlechtersensible Beratung für Frauen

Änderungsanträge zu Antrag K12: Kapitel 12: Solide haushalten und investieren in die Zukunft durch nachhaltige Finanzpolitik (Zeile 2930-3023)

Solide haushalten und investieren in die Zukunft durch nachhaltige Finanzpolitik

Antrag 01-ÄA73-K12 (Zeile 2962-2965)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

- 2962 wollen wir weiter gerecht werden. Für solche Zukunftsinvestitionen ~~sieht~~ möchten wir den ganzen Gestaltungsrahmen nutzen, den die derzeitige
- 2963 Ausgestaltung der Schuldenbremse ~~sehr enge Grenzen vor. Eine Maßnahme, von der die~~
- 2964 ~~Allgemeinheit über Jahrzehnte profitiert,~~ bietet. Außerdem muss eine Maßnahme, von der die Allgemeinheit über Jahrzehnte profitiert, derzeit vollständig in den Haushaltsjahren

Antrag 01-ÄA254-K12 (Zeile 2970-2973)

Antragsteller/in: Simon Dylla (KV Main-Taunus)

Status: zugelassen

- 2970 öffentlichen Haushalte. Insbesondere deshalb ~~seh~~ lehnen wir Public-Private-Partnership-(PPP) Modelle
- 2971 ~~kritisch ab, da sie in der Regel dem privatwirtschaftlichen Partner mehr Nutzen bringen als der~~
- 2972 ~~öffentlichen~~ nach den Berichten des Bundesrechnungshofs sowie der Landesrechnungshöfe für die öffentliche Hand in der Regel unwirtschaftlich sind.

Antrag 01-ÄA074-K12 (Zeile 2973-2977)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

- 2973 ~~Keine neue Schulden, Rückführung der Altschulden~~ Solide Haushaltsführung fortsetzen
- 2974 ~~Dauerhaft soll das Land nicht mehr ausgeben, als es einnimmt~~ Wir stehen weiter dafür ein, ohne strukturelle Neuverschuldung zu haushalten. Bei weiterhin guter Konjunktur
- 2975 und einer entsprechenden Steuergesetzgebung des Bundes haben wir die Möglichkeit, ~~Altschulden~~
- 2976 ~~abzubauen~~ noch stärker zu investieren und auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft noch mehr Tempo aufzunehmen. Ergänzend haben wir durch umsichtige Finanzpolitik in den vergangenen Jahren

Antrag 01-ÄA75-K12 (Zeile 2982-2984)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

- 2982 Städte und Gemeinde auf eine neue Grundlage gestellt, ~~die eine bedarfsgerechte~~

2983 ~~Finanzausstattung unabhängig von den Schwankungen der Steuereinnahmen garantiert.~~ Für die

Antrag 01-ÄA001-K12 (Zeile 2991)

Antragsteller/in: Kreisverband Offenbach-Land

Status: zugelassen

2991 und diese somit von erheblichen finanziellen Risiken entlastet.

2992 „Die hessischen Kommunen sollen zukünftig im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechtes selbst entscheiden können, ob sie von der nach dem KAG vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch machen möchten, (wiederkehrende) Straßenbeiträge zu erheben oder nicht.“

2993 Die derzeit in § 11 Abs. 1 Satz 2 KAG (Gesetz über kommunale Abgaben) vorgesehene Regelung, wonach Gemeinden für den Umbau und Ausbau der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze (Verkehrsanlagen), der über die laufende Unterhaltung und Instandsetzung hinausgeht, Beiträge erheben sollen, wird deswegen dahingehend abgeändert, dass diese Beiträge erhoben werden „können“.

2994 Dies ist auch in den Leitlinien der Landesregierung zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht zu berücksichtigen.“

Antrag 01-ÄA122-K12 (Zeile 2991)

Antragsteller/in: Kreisverband Groß-Gerau

Status: zugelassen

2991 und diese somit von erheblichen finanziellen Risiken entlastet. Dennoch ist die finanzielle Lage in vielen hessischen Kommunen angespannt. Wir wollen deshalb für das Mehr an übertragenen Aufgaben, das die Kommunen bewältigen müssen, auch die nötigen Mittel bereitstellen.

Antrag 01-ÄA201-K12 (Zeile 2991)

Antragsteller/in: Landesvorstand

Status: zugelassen

2991 und diese somit von erheblichen finanziellen Risiken entlastet. Um die Kommunen bei Erhalt, Sanierung und Neubau ihrer Infrastruktur zu unterstützen wollen wir die erfolgreichen Kommunalen Investitionsprogramms (KIP I und KIP II) fortsetzen und ein KIP III auflegen. Der Schwerpunkt des KIP III soll auf der Sanierung von Schulbauten, insbesondere der sanitären Anlagen liegen. Denn dieses Problem stinkt in manchem Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel. Spätestens zum Ende der Legislaturperiode soll es keine Schul-Toilette mehr geben, vor deren Benutzung sich Schülerinnen und Schüler ekeln müssen.

Antrag 01-ÄA310-K12 (Zeile 2991)

Antragsteller/in: Landesvorstand

Status: zugelassen

2991 und diese somit von erheblichen finanziellen Risiken entlastet. Um die Kommunen bei Erhalt, Sanierung und Neubau ihrer Infrastruktur zu unterstützen wollen wir die erfolgreichen Kommunalen Investitionsprogramms (KIP I und KIP II) fortsetzen und ein KIP III auflegen. Der Schwerpunkt des KIP III soll auf der Sanierung von Schulbauten, insbesondere der sanitären Anlagen liegen. Denn dieses Problem stinkt in manchem Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel. Spätestens zum Ende der Legislaturperiode soll es keine Schul-

Toilette mehr geben, vor deren Benutzung sich Schülerinnen und Schüler ekeln müssen.

Antrag 01-ÄA076-K12 (Zeile 3023)

Antragsteller/in: Kreisverband Frankfurt

Status: zugelassen

3023 Kriterien ausrichten.

3024 **Ökologische und soziale Verantwortung bei den Landesbeteiligungen**

3025 Die ethischen Maßstäbe erstrecken sich für uns im Rahmen einer nachhaltigen Finanzpolitik auch auf die direkten und indirekten Beteiligungen des Landes. Aus diesem Grund möchten wir, über die relevanten Aufsichtsorgane, dazu beitragen die Geschäftspolitik und Anreizsysteme der Unternehmen noch stärker nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten auszurichten.

3026 Die Fraport AG ist einer der größten Arbeitgeber Hessens und betreibt eines der bedeutendsten Luftverkehrsdrehkreuze weltweit. Das Unternehmen trägt dabei eine besondere ökologische und soziale Verantwortung. Neben der strengen Einhaltung des Nachtflugverbots und dem Ausbau der Lärmschutzmaßnahmen ist es von zentraler Bedeutung, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern und das hohe Maß an Sicherheit für die vielen Passagiere am Flughafen zu erhalten. Eine entsprechende Anpassung der Flughafenentgelte kann dabei den notwendigen finanziellen Spielraum schaffen.

3027 Die Landesbank Hessen-Thüringen sollte sich klar zu den Nachhaltigkeit Standards der Äquator-Prinzipien bekennen und die sektor-spezifischen Vorhaben zur Nachhaltigkeit bei der Kreditvergabe weiterentwickeln. Eine öffentliche Subvention und Finanzierung ökologisch und sozial unverantwortlicher Projekte wie beispielsweise Kreuzfahrtschiffen mit Schweröl-Antrieb oder Projekten in der Öl- und Gas-Industrie, möchten wir nicht unterstützen.

Antrag 01-ÄA80-K12 (Zeile 3023)

Antragsteller/in: LAG ChristInnen

Status: zugelassen

3023 Kriterien ausrichten.

3024 **Staatsleistungen in Hessen beenden!**

Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass das Land Hessen die inzwischen von den evangelischen Landeskirchen und den katholischen Bistümern erwarteten Gespräche über die ausstehende Ablösung der historisch begründeten Staatsleistungen aufnimmt. Wir fordern eine baldige Beendigung der staatlichen Zahlungen